Jan-Ocko Heuer & Steffen Mau, unter Mitarbeit von Robert Tiede

Ängste in der Bevölkerung bei der sozialpolitischen Integration von Migrant*innen

Einleitung

In den letzten Jahren hat Deutschland eine im historischen Vergleich hohe Zuwanderung erlebt. Zwar hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bereits zuvor sogenannte „Zuwanderungswellen" gegeben. Dazu zählt die Anwerbung von rund 14 Millionen Menschen aus dem Mittelmeerraum als Arbeitskräfte zwischen 1955 und 1973, von denen rund drei Millionen blieben und ihre Familien nachholten, sowie die Zuwanderung bei der Auflösung des Ostblocks zwischen 1988 und 1993, bei der rund 7,3 Millionen „Spätaussiedler*innen", Asylbewerber*innen, neue „Gastarbeiter*innen" und nachziehende Familienangehörige für einen positiven Wanderungssaldo von 3,7 Millionen Menschen sorgten (Meyer 2002: 71–73). Die jüngste Zuwanderung ist aber aus zwei Gründen bemerkenswert. Erstens überlagern sich hier langfristige und kurzfristige Entwicklungen: So werden seit 2006 jährlich steigende Zuwanderungszahlen vermeldet, und diese Entwicklung kulminierte im Jahr 2015, als sowohl die Zahl der Zugewanderten mit rund 2,1 Millionen als auch der Wanderungsüberschuss mit rund 1,1 Millionen historische Höchststände erreichten (Statistisches Bundesamt 2017a). Zweitens handelt es sich neben der „Arbeitsmigration", die derzeit insbesondere aus osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten wie Rumänien, Polen oder Bulgarien stattfindet, in hohem Maße um „humanitäre Migration" aus Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak (Statistisches Bundesamt 2017b). In der Bevölkerung hat es sich deshalb eingebürgert, nach „den Gastarbeitern" der 1960er und „den Spätaussiedlern" der 1990er Jahre nun „die Flüchtlinge" als Kern der dritten großen Zuwanderung in die Bundesrepublik zu bezeichnen.

Während diese Fluchtzuwanderung einerseits auf große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gestoßen ist, werden andererseits – und dies in zunehmendem Maße – auch Sorgen und Ängste geäußert.[1] So befürwortet in Umfragen zwar eine große Mehrheit der Deutschen die Aufnahme von Menschen, die vor Krieg

1 Nicht zu vergessen ist außerdem, dass es im Jahr 2015 mehr als 1.200 und im Jahr 2016 mehr als 3.700 Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte gegeben hat (vgl. Amadeu Antonio

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

oder Bürgerkrieg geflohen sind, aber bei anderen Fluchtgründen – wie politischer oder religiöser Verfolgung – sind sinkende Zustimmungswerte und erhebliche Differenzierungen festzustellen (Eisnecker/Schupp 2016a: 158f.; Gerhards et al. 2016a: 468f.). Und wenngleich rund ein Drittel der Menschen in Deutschland 2015 und 2016 für Geflüchtete gespendet hat und sich rund zehn Prozent vor Ort – also etwa bei der Begleitung von Behördengängen oder in der Sprachförderung – engagiert haben, so sind diese Zahlen im Zeitverlauf rückläufig und bedeuten im Umkehrschluss auch, dass sich eine Mehrheit nicht persönlich engagiert (Eisnecker/Schupp 2016a: 159–161; Jacobsen et al. 2017: 349f.). Zudem beurteilt die Bevölkerung die Auswirkungen der Fluchtzuwanderung sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf das kulturelle Leben und insbesondere auf Deutschland als Ort zum Leben überwiegend negativ, und dies sowohl kurz- als auch langfristig (Eisnecker/Schupp 2016a: 161f.; Jacobsen et al. 2017: 350–357). Die gesellschaftliche Bedeutung dieser Einstellungen kommt darin zum Ausdruck, dass das Thema Zuwanderung und Integration seit Jahren in Bevölkerungsumfragen als das wichtigste politische Problem bezeichnet wird (vgl. Giesselmann et al. 2017).

Die Fluchtzuwanderung betrifft auch den deutschen Wohlfahrtsstaat auf zweierlei Weise: Zum einen soll der Staat durch sozialpolitische Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Familie für das Gelingen der Integration von Geflüchteten sorgen – und dies ist angesichts eines polarisierten Bildungsniveaus der Zugewanderten (Brücker et al. 2016: 1108–1111) und einer sich nur langsam vollziehenden Arbeitsmarktintegration (Salikutluk et al. 2016; Brücker et al. 2017) eine langfristige und kostspielige Aufgabe. Zum anderen ist die Sozialpolitik ein Bereich, in dem Konflikte zwischen der eingesessenen Bevölkerung und den Geflüchteten entstehen können, die von politischen Parteien und Bewegungen genutzt und verstärkt werden können, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der generellen Tendenzen im deutschen Wohlfahrtsstaat zu Rück- und Umbau sowie Privatisierung, Vermarktlichung und Individualisierung von sozialer Absicherung (Heuer/Mau 2017). Der Wohlfahrtsstaat ist damit sowohl ein wichtiges Instrument für als auch ein zentrales Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen über die Integration von Zugewanderten.

Einigkeit besteht bei allen politischen Akteuren darin, dass Integration nur dann gelingen kann, wenn sie von der Bevölkerung politisch unterstützt wird. Dies erfordert auch, Bedenken zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu reagieren, zumal gegenwärtig wirtschaftliche Unsicherheit, zunehmende soziale Ungleichheiten und sinkende soziale Absicherung zu einer allgemeinen Krisen-

Stiftung und Pro Asyl 2017). Die hinter solcher Gewalt stehenden Beweggründe sind indes spezifischer Natur und hängen allenfalls mittelbar mit jenen Ängsten bzw. Verunsicherungen zusammen, die in breiten Teilen der Bevölkerung zu finden sind, wenn es um Immigration geht.

https://doi.org/10.5771/9783845293408-109 - generiert am 19.09.2024, 18:58:16
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wahrnehmung, Abstiegsängsten, Wohlstandschauvinismus und dem Erstarken von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen geführt haben (Geiselberger 2017). Zwar gibt es neue Datenquellen und Publikationen zu Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten (vgl. Eisnecker/Schupp 2016b), aber diese weisen drei Defizite auf. Erstens sind diese Befragungen thematisch relativ breit und behandeln Fragen der sozialpolitischen Integration von Geflüchteten allenfalls am Rande. Zweitens geht die Repräsentativität von Bevölkerungsumfragen notwendigerweise mit Abstrichen bei anderen Aspekten einher. Dies betrifft zum Beispiel Probleme von sozialer Erwünschtheit, mangelnder inhaltlicher Tiefe und der Kontextabhängigkeit von Meinungen sowie dem Fehlen von dezidierten Argumentationen und Begründungen. Und drittens ist es gerade bei emotionsgeladenen Themen fraglich, inwieweit mit wenigen vorgegebenen Antwortkategorien tiefsitzende Einstellungen und Ängste erfasst werden können (Zaller/Feldman 1992; Bishop 2005).

In diesem Artikel möchten wir die Einstellungen in der Bevölkerung zur sozialpolitischen Integration von Migrant*innen mit einer Methode untersuchen, die Bürger*innen breiten Raum für Themensetzung und Diskussion lässt: Deliberative Foren (DF). DF sind im Kontext von Theorien deliberativer Demokratie als Mittel zur Verbesserung (der Legitimität) von politischen Entscheidungen entwickelt worden, werden aber zunehmend auch als sozialwissenschaftliches Forschungsinstrument eingesetzt, da mit ihrer Hilfe Argumentationsmuster, Begründungen, Priorisierungen und formale Aspekte politischer Diskussionen – wie Gruppenbildungen oder der Einfluss von Informationen – besonders gut untersucht werden können.

Wir beantworten in unserem Beitrag folgende Fragen: Welche Einstellungen und Ängste äußern Bürger*innen in Zusammenhang mit der Zuwanderung und der sozialpolitischen Integration von Migrant*innen? Welche zentralen Argumentationsmuster lassen sich identifizieren? Und gibt es dabei Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen? Zur Beantwortung dieser Fragen wurde im November 2015 – also auf dem Höhepunkt der humanitären Migration – im Rahmen des NORFACE „WelfSOC“-Projektes an der Humboldt-Universität zu Berlin ein zweitägiges DF mit 34 Bürger*innen zum Thema „Der Sozialstaat der Zukunft“ durchgeführt. Zentrale Merkmale des DF waren: die Auswahl der Teilnehmenden nach soziodemographischen Merkmalen, um eine möglichst breite „Mini-Public“ zu versammeln; die Themenfestlegung durch die Teilnehmenden; Diskussionen sowohl im Plenum als auch in kleineren Breakout-Gruppen mit jeweils einer „Kerngruppe“ (Erwerbsarbeitslose und prekär Beschäftigte; Migrant*innen; Selbständige); Informationseingaben durch Sozialpolitik-Expert*innen; die Erarbeitung von Politik-Leitlinien durch die Teilnehmenden; und die Kombination mit einer schriftlichen Befragung mit standardisierten Items zu Sozialpolitik-Einstellungen. Die im DF vorgebrachten

https://doi.org/10.5771/9783845283079-109, am 12.10.2024, 16:33:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Positionen wurden induktiv codiert und zugleich mithilfe von analytischen Heuristiken aus der Forschung zu Sozialpolitik-Einstellungen strukturiert, um zentrale Argumentationsmuster und Begründungen zu identifizieren.

Dieser Beitrag bietet somit eine erste Sondierung der Stimmungen in der Bevölkerung zur Fluchtzuwanderung, die zwar nicht die Repräsentativität von Bevölkerungsumfragen erreicht, sich aber durch drei Eigenschaften auszeichnet: die Bürger*innen kommen selbst mittels einer politischen Debatte zu Wort; es können zentrale Argumentationsmuster und Begründungen, aber auch diffuse Einstellungen und inhaltliche Kontroversen erfasst werden; und auf diese Weise werden Einsichten in die zentralen inhaltlichen Positionen zur sozialpolitischen Integration von Geflüchteten und ihre Genese im Kontext von Bürger*innen-Deliberation gegeben.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Abschnitt skizzieren wir die Literatur zu Einstellungen zur Integration von Migrant*innen in den Wohlfahrtsstaat und diskutieren Defizite der quantitativen Einstellungsforschung (Abschnitt 2). Anschließend präsentieren wir die Daten, Methoden und analytischen Heuristiken unserer Studie (Abschnitt 3) und stellen die zentralen Ergebnisse dar (Abschnitt 4). Abschließend diskutieren wir unsere Ergebnisse sowie mögliche Implikationen für die Forschung zu Sozialpolitik-Einstellungen (Abschnitt 5).

1. Forschungsüberblick: Einstellungen zu Migration und Wohlfahrtsstaat

Das Verhältnis von nationalen Wohlfahrtsstaaten und internationaler Migration hat erst in jüngster Zeit größere Aufmerksamkeit erfahren. Die Klassiker der Sozialpolitikforschung, von T. H. Marshall bis zu Gøsta Esping-Andersen, schenkten diesem Thema keine Beachtung, da sie sich zuvorderst mit Fragen der innerstaatlichen bzw. innergesellschaftlichen Verteilung beschäftigten. Ihre Analysen setzten unhinterfragt voraus, dass wir es mit einem relativ geschlossenen Raum der (Re-)Distribution zu tun haben: Die territorialen Grenzen und die Grenzen der Mitgliedschaft waren zwar nicht vollständig abgeriegelt, aber die „Insassen“ des nationalen Wohlfahrtsstaates wurden als relativ konstant angenommen. Der Wohlfahrtsstaat bezog sich stets auch auf den Nationalstaat, weil es eine, wie auch immer konstruierte, Gemeinsamkeitsunterstellung brauchte, um den Mitgliedern „Umverteilungsopfer“ aufzuerlegen. Claus Offe (1998) sieht den Nationalstaat als besonders erfolgreichen Kontext für die Organisation von Solidarität an, weil neben den administrativen und politischen Kapazitäten für die Institutionalisierung von wechselseitiger sozialer Absicherung ein identitätspolitischer und sozialmoralischer Unterbau existiert, der die Etablierung von Hilfe- und Transfersystemen legitimatorisch absichert. Aus diesem

https://doi.org/10.5771/9783748912262-111 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 24.06.2026, 17:08:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Grund ist auch von einer „Nationalisierung der Solidaritätspraktiken“ (Wagner/Zimmermann 2003: 254) und von Nationalstaaten als „solidaritätsstiftende(n) Einheiten“ (Schwinn 2001: 214) gesprochen worden. Zwar ist der Wohlfahrtsstaat heute in hohem Maße verrechtlicht, aber der Rechtsanspruch auf die Zuteilungen eines kollektiv organisierten Systems der sozialen Sicherung findet vor dem Hintergrund der Zugehörigkeit zu einer „nationalen Gemeinschaft“ statt (Kersting 1998).

Mit der Öffnung des nationalgesellschaftlichen Raumes und der Verstetigung von Zuwanderung werden die wohlfahrtsstaatlichen Systeme vor neue Herausforderungen gestellt. Es stellt sich die Frage, wie die „Neuzugänge“ in den Leistungskranz der sozialpolitischen Angebote einbezogen werden sollen. Einerseits mag es politisch klug sein, den Zugewanderten ein gutes sozialpolitisches Leistungsangebot zur Verfügung zu stellen, weil dieses die Basis für gelungene Integration bilden kann und verhindert, dass sich abgehängte Milieus herausbilden, also langfristig hohe soziale Kosten entstehen. Andererseits mag die Integration von Migrant*innen auf Vorbehalte stoßen, weil angenommen wird, dass ein großzügiges Leistungsangebot Zuwanderung anzieht – so die These der „Welfare Magnets“ (z.B. Borjas 1999) – oder weil argumentiert wird, dass erst bestimmte Zugehörigkeitsmerkmale – von einem längeren Aufenthalt über vorherige Beiträge bis zu persönlichen Attributen – Leistungsansprüche begründen sollten und nicht allein der Aufenthalt auf einem Territorium.

In der Literatur wird diskutiert, ob Zuwanderung langfristig die wohlfahrtsstaatliche Solidarität untergrabe. Je größer die ethnische Diversität, so die prominente These von Alesina und Glaeser (2004), desto geringer sei die Unterstützung für sozialpolitische Umverteilungsarrangements. Wir-Gefühle, Homogenität und kollektive Bindungen werden als positiv für den wohlfahrtsstaatlichen Solidaritätszusammenhang bewertet; größere Heterogenität wird hingegen als nachteilig angesehen. Bei der Überprüfung dieser These hat sich jedoch gezeigt, dass ein einfacher Zusammenhang zwischen dem Anteil von Migrant*innen und den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat bzw. zur sozialpolitischen Inklusion der Zugewanderten nicht ohne Weiteres herstellbar ist: Ein höherer Migrant*innen-Anteil schwächt nicht notwendigerweise die Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat (Mau/Burkhardt 2009). In Beschäftigtengruppen, in denen ein hoher Migrant*innen-Anteil vorhanden ist und „ethnischer Wettbewerb“ existiert, mag es sogar höhere Unterstützung für staatliche Umverteilung geben, um die resultierenden Unsicherheiten zu kompensieren (Burgoon et al. 2012).

In der sozialpsychologischen Forschung zu Vorurteilen und Einstellungen wird eine Tendenz zur In-Group-Bevorzugung festgestellt (Pettigrew 1998; Pettigrew/Tropp 2000; Gang et al. 2013). Demnach neigen Menschen dazu, der eigenen Gruppe bzw. als gleich wahrgenommenen Personen eher bestimmte Ansprüche und Rechte zuzugestehen als Gruppen oder Personen, die als andersar-

Open Access – (cc) BY – https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

tig empfunden werden. Vor allem in Situationen, in denen Verteilungsprobleme zu lösen sind, zeigt sich eine Tendenz zur Privilegierung der, wie auch immer konstruierten, Eigengruppe gegenüber Fremdgruppen. Der Zugang zu kollektiven Gütern und auf Ressourcen ausgerichteten Verteilungssituationen sind somit prädestiniert, auch Konflikte entlang der Scheidelinie von „ähnlich“ und „anders“ oder „einheimisch“ und „zugewandert“ auszulösen. Arbeiten zum „ethnischen Wettbewerb“ haben darauf hingewiesen, dass die Akzeptanz von Migrant*innen und die Bereitschaft, sie in die Sozialleistungssysteme zu integrieren, eng mit der gefühlten Bedrohung zusammenhängt, die von der Anwesenheit ethnischer Gruppen ausgeht (Scheepers et al. 2002; Raijman et al. 2003). Nach der Gruppenkonflikttheorie sind es insbesondere die unteren Schichten, die aufgrund ihrer benachteiligten ökonomischen Position dazu neigen, sich im Wettbewerb mit den Zugwanderten zu sehen und, darauf basierend, abwertende und abwehrende Einstellungen aufzuweisen (Olzak 1992; Bobo 1999).

Die Forschung zum Wohlfahrtschauvinismus hat sich intensiv mit den Wechselwirkungen zwischen Migration, bestimmten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und Einstellungen zur Inklusion von Migrant*innen in die wohlfahrtsstaatlichen Systeme beschäftigt (van Oorschot 2006; Mau/Burkhardt 2009; Emmenegger/Klemmensen 2013). Sie hat gezeigt, dass nicht nur die Zahl und Komposition der Migrant*innen-Bevölkerung eine Rolle für wohlfahrtschauvinistische Einstellungen spielen, sondern auch kulturelle und ökonomische Faktoren. Beispielsweise können ökonomische Faktoren wie hohe Arbeitslosigkeit oder wirtschaftliche Stagnation als intervenierende Faktoren wirksam werden (Mau/Burkhardt 2009). Wenn sich die ökonomische Situation verschlechtert, dann intensiviert sich der ethnische Wettbewerb und die Vorbehalte gegen Migrant*innen werden stärker (Soroka et al. 2006). Zugleich wird darauf verwiesen, dass untere soziale Gruppen, die sich in nachteiligen ökonomischen Positionen befinden, eher zum Wohlfahrtschauvinismus neigen als privilegierte Gruppen (van Oorschot/Uunk 2007). Aber es sind nicht nur objektive Unsicherheiten, die hier eine Rolle spielen. So ist gezeigt worden, dass insbesondere subjektiv empfundene Statusunsicherheiten und Ängste in einem engen Zusammenhang mit abwehrenden Einstellungen gegenüber der Inklusion von Migrant*innen stehen (Mewes/Mau 2012). Neben ökonomischen Faktoren werden auch kulturelle Faktoren genannt, etwa Ethnozentrismus oder autoritäre Einstellungen, die auf Vorbehalte gegenüber Migrant*innen wirken (van der Waal et al. 2010). Zudem verweisen Analysen auf die Rolle öffentlicher Diskurse, des politischen Framings und politischer Mobilisierung, die bestimmte latente Einstellungssyndrome aktivieren können, d.h. bestimmte Ängste und Einstellungsmuster werden erst diskursiv „hergestellt“ (Helbling 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die meisten Studien zu Einstellungen zu Migration und sozialpolitischer Integration basieren auf Daten aus international vergleichenden Bevölkerungsumfragen wie dem European Social Survey (ESS). Diese Daten ermöglichen es, bestimmte Zusammenhangsmuster aufzudecken, können aber kaum Informationen zu Gefühls-, Stimmungs- und Erwartungslagen liefern, die uns in diesem Beitrag interessieren. Die emotionale Aufgeladenheit des Themas Zuwanderung in der derzeitigen politischen Diskussion wirft zudem die Frage auf, ob sich Emotionen wie Ängste überhaupt mit standardisierten Befragungen erfassen lassen. Angst ist ein Begriff für das „was die Leute empfinden, was ihnen wichtig ist, worauf sie hoffen und woran sie verzweifeln" (Bude 2014: 10). Angst kann sich zudem – im Gegensatz zu Furcht als konkreter und anlassbezogener Emotion – an verschiedene Objekte und wechselnde Anlässe knüpfen (vgl. Balzereit 2010; Dehne 2017). Somit sind Ängste nicht notwendigerweise und allenfalls indirekt mit objektiven Faktoren verknüpft, so dass für die Entstehung von Ängsten auch kommunikative Prozesse eine Rolle spielen. Dies legt es nahe, die vorwiegend quantitative Umfrageforschung zum Thema um Studien zu ergänzen, die mittels neuartiger Methoden sowohl die emotionalen Aspekte von Einstellungen als auch ihre kommunikative Einbettung in politische Diskurse berücksichtigen.

2. Deliberative Foren als neue Methode der Sozialpolitikforschung

Um die Einstellungen und Ängste in der Bevölkerung bei der Integration der aktuellen Fluchtzuwanderung nach Deutschland zu erfassen, verwenden wir eine in der Forschung zur Sozialpolitik bislang nicht genutzte Methode der Datenerhebung: Deliberative Foren (DF). DF sind insbesondere im Kontext von Theorien deliberativer Demokratie bekannt geworden und existieren mittlerweile in einer Vielzahl von Formaten und Kontexten (Fung 2003; Grönlund et al. 2015). Gemeinsam ist ihnen, dass es sich um professionell organisierte und moderierte Deliberationsprozesse von Bürger*innen handelt, die einen „Mikrokosmos der Bevölkerung" darstellen sollen und meist über mehrere Tage hinweg unter Einbeziehung von Informationsmaterial und Anhörung von Expert*innen eine politische Beurteilung oder Empfehlung erarbeiten. Dabei gelten bestimmte Regeln – wie Gleichheit, Zwanglosigkeit, wechselseitiger Respekt, Wahrhaftigkeit und eine Orientierung auf das Gemeinwohl bzw. die Verallgemeinerbarkeit von Argumenten –, die dazu führen sollen, dass sich im Ergebnis der „zwanglose Zwang des besseren Arguments" durchsetzt. Gemäß der normativen Idee produzieren DF „bessere" (weil rationalere und gemeinwohlorientiertere) Entscheidungen, „bessere" (weil informiertere und emphatischere)

https://doi.org/10.5771/9783748928686-115 - generiert am 09.04.2026, 08:00:40
Open Access – (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Bürger*innen und letztlich ein „besseres“ (weil responsiveres und legitimeres) politisches System (Karpowitz/Mendelberg 2011: 259f.).

DF sind somit an der Schnittstelle zwischen politischer Praxis und sozialwissenschaftlicher Analyse angesiedelt. Während es in den frühen, seit den 1970er Jahren entwickelten Formaten insbesondere um die Partizipation von Bürger*innen und die daraus resultierenden politischen Entscheidungen ging, hat sich seit der Anbindung an die deliberative Demokratietheorie in den 1990er Jahren der Fokus auf die wissenschaftliche Untersuchung der (idealen) Bedingungen und Effekte von DF verschoben (vgl. Bächtiger/Wyss 2013). Dabei dienen die konkreten Themen oftmals lediglich als Stimulus, und die Deliberationsprozesse werden allein auf Aspekte wie die Qualität der Deliberation (Steenbergen et al. 2003) oder ein – mittels Vorab- und Nachbefragung gemessener – Einstellungswandel der Teilnehmenden (Fishkin/Luskin 2005) hin untersucht, während dem Gegenstand der Deliberation selbst „geringe Beachtung … geschenkt wurde“ (Schaal/Ritzi 2009: 3). Es ist zur Auswahl der Themen jedoch vermutet worden, dass sich DF vor allem für regulative oder ethisch-moralische Fragen eignen, weil bei diesen keine eindeutigen Interessenlagen existieren; demgegenüber seien Interessenkonflikte mit Gewinner*innen und Verlierer*innen – wie es zweifelsohne bei der Sozialpolitik der Fall ist – weniger für Deliberation geeignet, weil Akteure im Ernstfall strategisch agieren (müssen), um ihre Interessen durchzusetzen (Schaal/Ritzi 2009: 22f.). Insofern betritt die vorliegende Studie nicht nur inhaltliches Neuland, sondern widmet sich auch einem besonders herausfordernden Diskussionsgegenstand.

Das hier untersuchte DF zum Thema „Der Sozialstaat der Zukunft“ wurde im Rahmen des von NORFACE bzw. der DFG geförderten Projektes „Welfare State Futures: Our Children’s Europe“ (WelfSOC) vom Forschungsteam um Steffen Mau – in Abstimmung mit dem britischen Koordinationsteam um Peter Taylor-Gooby sowie den Teams in drei weiteren Ländern (Dänemark, Norwegen, Slowenien) – inhaltlich vorbereitet und begleitet; die Durchführung übernahm das Qualitative Forschungsteam von Ipsos Deutschland unter der Leitung von Hans-Jürgen Frieß. Das DF fand an zwei Samstagen, am 7. und 21. November 2015, für jeweils acht Stunden am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin statt.

Das DF hatte sechs zentrale Merkmale: Erstens eine *Auswahl der Teilnehmenden nach zahlreichen soziodemographischen Merkmalen*, um einen „Mikrokosmos der Bevölkerung“ zu versammeln (siehe Tabelle 1 für Informationen zu den Teilnehmenden). Rekrutiert wurde nach Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus (inklusive Vollzeitbeschäftigung, freiwillige und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, Selbständigkeit, Erwerbslosigkeit mit ALG I, Erwerbslosigkeit mit ALG II, Ruhestand, Studium, Hausarbeit), Familienstand, Zahl der Kinder (und Kinder unter sechs Jahren) im Haushalt, Haushalts-

Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Nettoeinkommen, Migrationshintergrund (aus folgenden Staaten/Regionen: Türkei, Polen, arabische Staaten, Osteuropa, Westeuropa) und politischer Orientierung (gemessen mittels langfristigen Partei-Wahlverhaltens).[2] Einige Gruppen – Selbständige, Personen mit Migrationshintergrund und Arbeitslose[3] bzw. prekär Beschäftigte – wurden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht überrepräsentiert. Den Teilnehmenden wurden 280 Euro gezahlt. Von 35 rekrutierten Personen nahmen 34 am DF teil; eine Person sagte kurzfristig ab.

Das zweite Merkmal waren *Diskussionen im Plenum und in Breakout-Gruppen*[4] *mit „Kerngruppen"*. Beide Tage hatten denselben Ablauf: nach einer ersten Runde im Plenum (d.h. mit allen 34 Teilnehmenden) wurden die Teilnehmenden auf drei kleinere Gruppen zu je elf bzw. zwölf Personen verteilt, um abschließend wieder im Plenum zusammenzukommen. In den Breakout-Gruppen bildete (ohne Kenntnis der Teilnehmenden) jeweils eine soziale Gruppe – Selbständige; Personen mit Migrationshintergrund; und Arbeitslose bzw. prekär Beschäftigte – den „Kern" aus 5-8 Personen, während ansonsten eine breite soziale Streuung angestrebt wurde. Die Auswahl einer „Kerngruppe" zog jedoch auch Unterschiede bei anderen Merkmalen (z.B. Bildungsstand, Einkommen) nach sich (siehe Abschnitt 4).

Ein drittes Merkmal waren *geringe inhaltliche Vorgaben und eine geringe Steuerung der Diskussionen*. Am ersten Tag konnten die Teilnehmenden zunächst im Plenum per Stichwortsammlung und anschließender Abstimmung fünf Themen festlegen, über die in den Breakout-Gruppen diskutiert wurde; eines dieser Themen war Zuwanderung/Integration. Am zweiten Tag waren aus Gründen der Vergleichbarkeit zwischen den fünf „WelfSOC"-Partnerländern fünf Themen vorgegeben, aber das Thema Zuwanderung/Integration zählte erneut dazu. In den Diskussionen achteten die Moderator*innen auf die Einhaltung der Regeln von Deliberation – insbesondere Einbeziehung aller Teilnehmenden und wechselseitiger Respekt – sowie einen inhaltlichen Bezug zum jeweiligen Diskussionsthema, hielten sich aber sonst zurück.

Ein viertes Merkmal des DF waren *Informationen zu den diskutierten Themen*. So erhielten die Teilnehmenden zwischen dem ersten und dem zweiten

2 Trotz dieser sorgfältigen Auswahl handelt es sich selbstverständlich nicht um eine vollständige Repräsentation der bundesdeutschen Bevölkerung. Eine wichtige Einschränkung ist, dass nur Personen aus Berlin und dem Umland rekrutiert wurden; somit handelt es sich vorwiegend um urbane Bevölkerung.

3 Der Begriff Arbeitslose bezeichnet hier Personen ohne Erwerbsarbeit und beinhaltet sowohl erwerbsarbeitssuchende Personen als auch nicht-erwerbsarbeitssuchende Personen.

4 Der Begriff „Breakout-Gruppe" bezeichnet die Aufteilung der Teilnehmenden eines DF in kleinere Diskussionsgruppen, um den Teilnehmenden erhöhte Partizipationsmöglichkeiten zu bieten.

https://doi.org/10.5771/9783845286979-109, am 09.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Tag des DF ein Informationsblatt, dessen zentrale Punkte auch zu Beginn des zweiten Tages vom Forschungsteam referiert wurden. In Bezug auf das Thema Zuwanderung wurden die unterschiedlichen Arten von Zuwanderung und die damit verbundenen Rechte und Pflichten sowie Integrationsperspektiven dargestellt; im Vortrag wurde zudem auf die Unsicherheit von Prognosen zu Kosten und Nutzen von Migration hingewiesen. Darüber hinaus stand am zweiten Tag in den Breakout-Gruppen jeweils ein Mitglied des Forschungsteams zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Fünftens wurden die Teilnehmenden am zweiten Tag um die *Erarbeitung von Politik-Leitlinien* in den Breakout-Gruppen gebeten (jeweils zwei pro Thema). Diese wurden im abschließenden Plenum vorgestellt und zur Abstimmung gestellt, wobei jede Person pro Thema über zwei personalisierte (grüne) JA- und zwei (rote) NEIN-Stimmen verfügte.

Ein sechstes Merkmal war eine *Vorab- und Nachbefragung der Teilnehmenden* mit standardisierten Fragebögen zu Sozialpolitik-Einstellungen aus internationalen Bevölkerungsbefragungen; dies erlaubt einen groben Vergleich mit den Einstellungen in der Bevölkerung.

Das DF wurde per Audio und Video aufgezeichnet und professionell transkribiert. Die Transkripte wurden in *NVivo* (Software zur Analyse qualitativer Daten) eingelesen und nach individuellen Sprecher*innen und sozialpolitischen Themenfeldern codiert. Für die vorliegende Studie wurden anschließend die Aussagen zum Themenfeld Zuwanderung/Integration induktiv hinsichtlich der wesentlichen Argumente (z.B. Bewertung, Probleme, Lösungen) codiert und durch Coding-Notizen ergänzt. In einem weiteren Schritt wurde eine Systematisierung nach den im Literaturüberblick skizzierten Unterscheidungen – so zum Beispiel zwischen Furcht und Angst, zwischen ökonomischen und kulturellen Faktoren sowie zwischen verschiedenen sozialen Gruppen – vorgenommen. Im Zentrum standen angesichts des neuartigen Forschungsdesigns die Exploration der von den Teilnehmenden vorgebrachten Argumente und eine Einschätzung der verschiedenen Parameter bei der Gestaltung eines DF zur Sozialpolitik.

3. Ergebnisse: Ängste bei der Integration von Fluchtzuwanderung

Bei einigen Themen des DF bestand große Einigkeit zwischen den Teilnehmenden – wie zum Beispiel bei der Befürwortung von Bildungsinvestitionen – während andere Themen sehr umstritten waren; zu letzteren zählte neben einem bedingungslosen Grundeinkommen auch das Thema Zuwanderung und Integration. Im Unterschied zum bedingungslosen Grundeinkommen traten Differenzen beim Thema Zuwanderung/Integration jedoch weniger *innerhalb* der Breakout-Gruppen auf als *zwischen* den Breakout-Gruppen – und wurden deshalb auch

Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den Teilnehmenden selbst in geringerem Maße bzw. erst in den Plenen deutlich. Wir präsentieren die Ergebnisse aus diesem Grund chronologisch und nach Breakout-Gruppen: Zunächst werden die Diskussionen am ersten Tag für jede Breakout-Gruppe einzeln dargestellt, also für die Gruppen mit der „Kerngruppe" der Selbständigen (Gruppe SE; 4.1), der Migrant*innen (Gruppe MI; 4.2), und der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten (Gruppe AL; 4.3).[5] Danach werden das Abschlussplenum des ersten Tages sowie die am zweiten Tag erarbeiteten Politik-Leitlinien der Breakout-Gruppen und die Abstimmungsergebnisse im Plenum präsentiert (4.4). Eine Einschätzung der Debatten und Positionen wird im nachfolgenden Abschnitt 5 vorgenommen.

Eingangs ist hervorzuheben, dass sich die Breakout-Gruppen bereits „auf dem Papier" in ihren Positionen zum Thema Zuwanderung/Integration unterscheiden: Der Vorab-Fragebogen enthielt drei Fragen zu diesem Thema, die in Tabelle 2 nach Breakout-Gruppen ausgewertet sind (und um die Antworten in der Gesamtbevölkerung aus dem Jahr 2008 ergänzt worden sind). Dabei zeigt sich, dass bei der in Zeile 2 abgefragten „Welfare Magnet"-Hypothese (vgl. Abschnitt 2) die Gruppe SE weniger als die anderen beiden Gruppen der Aussage zustimmt, dass Sozialleistungen Zuwanderung anziehen. Bei den anderen beiden Fragen – nach den Bedingungen für die sozialpolitische Inklusion von Zugewanderten (Zeilen 3-7) sowie nach der Relation zwischen sozialpolitischen Einzahlungen und Auszahlungen von Migrant*innen (Zeile 8) – möchte die Gruppe AL Migrant*innen weniger bzw. spätere Rechte gewähren als die anderen Gruppen und geht auch von einem deutlich negativeren Verhältnis von Einzahlungen zu Auszahlungen aus. Eine Analyse der Zusammenhänge von soziodemographischen Merkmalen der DF-Teilnehmenden (z.B. Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung) mit den genannten Fragen ergab lediglich einen signifikanten stark positiven Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Ablehnung der „Welfare Magnet"-These, d.h. Personen mit höherer Bildung sahen in geringerem Maße eine Anziehungskraft des deutschen Sozialstaats auf potentielle Migrant*innen.

5 Die Bezeichnungen „Gruppe SE", „Gruppe MI" und „Gruppe AL" sollen einerseits eine einfache Zuordnung zu den drei „Kerngruppen" erlauben und andererseits vermeiden, dass von „den Selbständigen", „den Migrant*innen" oder „den Arbeitslosen" gesprochen wird, weil dies weder der tatsächlichen Gruppenzusammensetzung gerecht würde noch der Analysefokus auf strikten Zusammenhängen von sozioökonomischen Merkmalen und Argumentationen liegt; die Debattenverläufe deuten vielmehr auf den Einfluss von Gruppendynamiken hin.

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 13.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3.1 Gruppe SE („Kerngruppe“ Selbständige) – Der Blick von oben: „Dann hätten wir Mord und Totschlag hier, weil die Deutschen sagen, wieso ist für die Asylbewerber alles da?“

Diese Gruppe besteht aus sechs Männern und fünf Frauen im Alter zwischen 28 und 66 Jahren. Fünf Personen sind Selbständige, von den übrigen Personen sind je zwei in Vollzeit erwerbstätig, im Haushalt tätig bzw. im Ruhestand. Fast alle haben hohe Bildungsabschlüsse (sieben Personen mit Universitätsabschluss) und hohe Haushalts-Nettoeinkommen (siebenmal über 2.800 Euro; für Einzelheiten siehe Tabelle 1). Während diese Gruppe über andere Themen kontrovers diskutiert, sind die Meinungsunterschiede beim Thema Zuwanderung und Integration gering: Die aktuelle Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik wird grundsätzlich befürwortet bzw. als zu akzeptierende und bearbeitende Realität betrachtet und eine restriktivere Flüchtlings- oder Zuwanderungspolitik wird nicht angesprochen; vereinzelt wird sogar ein weltweites Recht auf „absolute Freizügigkeit“ (Helen; SE-3122)[6] für alle Menschen gefordert.

Bei den Neuankommenden wird die Vielfalt an Migrationsmotiven gesehen, von Kriegsflucht und politischer Verfolgung bis hin zum Wunsch nach einem wirtschaftlich besseren Leben (vgl. Tabelle 3, Zitat SE-1). Dabei dominiert das aus Umfragen (z.B. Gerhards et al. 2016b: 610–615) bekannte Bild: Flucht vor Krieg und Verfolgung wird als legitimer Grund für Migration akzeptiert, während wirtschaftliche Motive umstrittener sind, wenngleich es auch hierfür großes Verständnis gibt, weil gesehen wird, dass Menschen nicht ohne Not ihre Heimat verlassen. Zudem wird argumentiert, dass die Motive letztlich von untergeordneter Bedeutung sind und der Blick auf die Bewältigung der Zuwanderung gerichtet werden muss.

Die zu erwartenden Konsequenzen der Fluchtzuwanderung werden größtenteils „von oben“, d.h. aus der Perspektive einer relativ gut situierten Mittelschicht, betrachtet. Mögliche Probleme werden unter sozialen, ökonomischen und fiskalischen Aspekten thematisiert, während kulturelle Aspekte kaum eine Rolle spielen. Dabei wird diagnostiziert, dass es vor allem die unteren Schichten sind, die mit den Geflüchteten um Jobs und Wohnungen konkurrieren, während man selbst davon kaum betroffen ist (Zitat SE-4). Lediglich bei Kitaplätzen wird eine direkte Konkurrenz gesehen, die sich auch im eigenen Umfeld

6 Die Namen der Teilnehmenden wurden durch Pseudonyme ersetzt; die Kombination aus Buchstaben und Zahl(en) bezeichnet die Breakout-Gruppe und die Zeile(n) in den Transkripten. Im Folgenden wird bei längeren Zitaten bzw. Dialogen auf die der Breakout-Gruppe zugeordnete Tabelle mit Zitaten verwiesen. Auch wenn dies den Lesefluss negativ beeinträchtigt, ermöglicht es eine umfangreichere Darstellung des Gesagten. Den Leser*innen wird empfohlen, sich zuerst einen Eindruck von den Debatten mittels der Tabellen zu verschaffen.

https://doi.org/10.5771/9783748918842-119, am 18.09.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

niederschlägt (SE-2). Angst bzw. Befürchtungen treten vorwiegend als Sorge vor sich verschärfenden sozialen und politischen Spannungen und negativen Reaktionen auf die Fluchtzuwanderung in den unteren Schichten auf, die zu Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus führen könnten. Aus diesem Grund wird argumentiert, dass sozialpolitische Maßnahmen auf keinen Fall eine „Wir gegen die"-Stimmung in den unteren Schichten durch Konkurrenz um Ressourcen (Jobs, Wohnungen, Sozialleistungen) befördern dürfen; dies wird als sozialer Sprengstoff gesehen (SE-4; SE-5).

Während aufseiten der Gesellschaft begrenzter finanzieller Spielraum des Staates und daraus resultierende Probleme der Konkurrenz zwischen Geflüchteten und sozial Abgehängten um Jobs, Wohnungen und Kitaplätze problematisiert werden, werden bei den Geflüchteten vor allem mangelnde Sprachkenntnisse als Problem gesehen (SE-3). Allerdings wird – vor allem durch eine pensionierte Lehrerin – argumentiert, dass sich dieses Problem bei der Generation der Kinder durch die Schule von alleine lösen werde und Befürchtungen wegen hoher Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund in den Klassen übertrieben seien. Die vorgeschlagenen Integrationsmaßnahmen drehen sich um die Bereiche Sprache, Bildung, Wohnen und Arbeitsmarkt: Schulangebote für Kinder, Sprachkurse für Erwachsene, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, schneller Arbeitsmarktzugang und die Verhinderung von Ghettoisierung in den Bereichen Bildung (durch die Verteilung der geflüchteten Kinder auf verschiedene Schulen) und Wohnen (durch Wiederaufnahme bzw. Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus) (vgl. SE-4).

Da es ein grundsätzliches Einverständnis mit dem Ziel der Integration durch Sozialpolitik gibt, dreht sich die Diskussion recht bald um die geeigneten Formen der Finanzierung. Abgesehen von Umschichtungen im Staatshaushalt werden drei Möglichkeiten erwogen: allgemeine Steuererhöhungen, Steuererhöhungen für Reiche, und neue bzw. höhere Verschuldung. Während allgemeine Steuererhöhungen mit Verweis auf die negativen Auswirkungen auf die unteren Schichten und deren Integrationsbereitschaft abgelehnt werden (SE-5), gibt es bei den anderen beiden Maßnahmen keine eindeutige Präferenz, auch wenn es Plädoyers für Neuverschuldung angesichts der günstigen finanziellen Umstände gibt (SE-6).

Es wird wiederholt auf die positiven wirtschaftlichen Effekte sowohl einer geglückten Integration als auch einiger Integrationsmaßnahmen hingewiesen (SE-1, SE-5, SE-6). So seien diese Maßnahmen – z.B. Sprachkurse, Wohnungsbau, Arbeitsmarkteingliederung – ein Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm und würden auf diese Weise einen Teil der staatlichen Ausgaben für Integration wieder einbringen (SE-5, SE-6). Zudem wird argumentiert, dass die Geflüchteten, sofern sie in den Arbeitsmarkt integriert werden, zu neuen Steuer- und Beitragszahler*innen werden und auf diese Weise sozialpolitischen Pro-

Open Access: (cc) BY https://doi.org/10.14361/9783839464804-006
Creative Commons Attribution 4.0 https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

blemen wie der Bevölkerungsalterung begegnet werden kann (SE-1). Somit dominieren eine humanitär motivierte Akzeptanz der Fluchtzuwanderung und die Ansicht, dass die Integration zwar kurzfristig finanzielle Belastungen bringe, aber langfristig die ökonomischen Vorteile überwiegen.

*3.2 Gruppe MI („Kerngruppe" Migrant*innen) – Der Blick von außen: „Die Deutschen haben Angst. Man kann seine eigene Bevölkerung nicht in Angst leben lassen."*

In dieser Gruppe aus fünf Frauen und sechs Männern im Alter von 18 bis 69 Jahren sind sieben Personen mit Migrationshintergrund (darunter drei aus der Türkei), die aber alle in Deutschland aufgewachsen sind. In Bezug auf die Positionen zu Zuwanderung und Integration handelt es sich um die heterogenste Gruppe. Die Positionen reichen vom stark rechtslastigen Steven (vgl. Tabelle 4, Zitate MI-1, MI-3, MI-6, MI-8) über den auf „unsere Angela" Merkel hoffenden Ulf (MI-1, MI-5) bis hin zur in der Geflüchtetenhilfe engagierten Leona (MI-1, MI-3), während die türkischstämmigen Ahmet – im Tenor skeptisch (vgl. MI-1, MI-4, MI-7, MI-8) – und Selim (eher hoffnungsvoll; vgl. MI-4, MI-6, MI-7) einen auf ihren Migrationshintergrund gegründeten „Blick von außen" auf die Entwicklungen werfen oder vermittelnde Positionen einnehmen.

Aufgrund der Vielfalt der Positionen dreht sich die Diskussion kaum um sozialpolitische Integration im engeren Sinn; vielmehr gibt es ein ständiges Mit-, Neben- und Gegeneinander von Eindrücken, Deutungen und Handlungsvorschlägen, die wiederum Verständigungs- und Aushandlungsprozesse nach sich ziehen. Die Vielfalt von Positionen zeigt sich bereits zu Beginn der Diskussion (vgl. MI-1): Während Ahmet, Ulf und Steven das Bild einer überfordernden „Flüchtlingswelle" zeichnen, hält Jürgen dagegen und setzt auf Planung und Verteilung, wohingegen Leona, Lydia und Marie das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete hervorheben. Die Aushandlungsprozesse (z.B. MI-3, MI-6) finden vor allem zwischen drei Diskussträngen statt, in deren Zentrum unterschiedliche Ängste und Befürchtungen stehen.

Ein erster Diskursstrang kann als „Angst vor der Planlosigkeit der Politik" bezeichnet werden. So wird wiederholt die Sorge geäußert, dass die Politik keine angemessenen Antworten auf die aktuelle Fluchtzuwanderung habe (z.B. Ulf in MI-1, MI-6) bzw. angesichts der „fremden Kultur" der Syrer*innen auch keine haben könne (z.B. Ahmet in MI-5). Da sich die Gruppe selbst auch nicht auf Integrationsmaßnahmen verständigen kann, wird der Fokus auf Maßnahmen zur Verhinderung von Flucht gelegt – z.B. zivile oder militärische Interventionen in den Herkunftsländern, Verbot von Waffenexporten oder Einschränkun-

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gen des Familiennachzugs – oder auf die zwischenstaatliche Verteilung von Geflüchteten in Europa und weltweit.

Ein zweiter Strang ähnelt der Position in der Breakout-Gruppe SE und äußert Ängste vor sozialen Spaltungen und dem Wachsen des Rechtspopulismus. Dies wird allerdings weniger ökonomisch als Aufstand der unteren Schichten interpretiert, sondern als politischer Rechtsruck der gesellschaftlichen Mitte (MI-2, MI-3). Die Frage nach den Ursachen ist dabei umstritten: Einige sehen eine steigende Akzeptanz nationalistischer und fremdenfeindlicher Positionen, während andere eine Stigmatisierung von zuwanderungskritischen Positionen beklagen (MI-3, MI-6).

Und drittens gibt es Ängste vor den Geflüchteten selbst, die sich auf zwei Arten äußern. Einerseits als offen nationalistische und chauvinistische Haltung wie bei Steven, der über eine finanzielle Bevorzugung der Geflüchteten gegenüber der eingesessenen Bevölkerung klagt (MI-1, MI-6), die Geflüchteten als Bedrohung der gesellschaftlichen (Status-)Ordnung darstellt (MI-6) und das Aussterben der Deutschen befürchtet (MI-8). Andererseits als weniger ideologisch geprägte Furcht vor Mangel an Integrationsbereitschaft sowie Kriminalität und Terrorismus durch einen kleinen Teil der Zugewanderten, auf die der Staat nicht entschieden genug reagiere (MI-7). Dabei werden die Probleme überwiegend in kulturalistischer Terminologie vorgetragen und die Behandlung kultureller Unterschiede wird als entscheidendes Kriterium für gelingende Integration gesehen. Neben Forderungen nach Anerkennung von Differenz und Zweifel an Integration angesichts unüberbrückbarer kultureller Differenzen dominiert in der Gruppe die Erwartung einer (positiv bewerteten) langfristigen Assimilation.

3.3 Gruppe AL („Kerngruppe“ Arbeitslose) – Der Blick von unten: „Es bleibt ja wirklich nichts mehr übrig dann für das eigene… für die eigene Bevölkerung.“

In dieser Gruppe – aus acht Frauen und vier Männern zwischen 18 und 70 Jahren – sind vier Arbeitslose sowie drei prekär Beschäftigte (unfreiwillige Teilzeit, geringer Verdienst). Zuwanderung wird bereits bei der Diskussion anderer Themen wiederholt angesprochen. Dabei werden negative Auswirkungen geringer Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund auf die Qualität des Schulunterrichts beklagt sowie mangelnde Integrationsbereitschaft, Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Betrug im Gesundheitssystem und Arbeitsunwilligkeit von Migrant*innen. Die mehrheitliche Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird unter anderem mit den Auswirkungen

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auf Migration begründet, und es werden strikte Bedingungen für sozialpolitische Leistungen für Zugewanderte aufgestellt (vgl. Tabelle 5, Zitat AL-1).

Dementsprechend dominiert bei der Diskussion über Zuwanderung und Integration schnell eine ablehnende Haltung, die nur von wenigen nicht geteilt wird: die angehende Juristin Sonja, die zuvor Darstellungen von vermeintlicher Arbeitsunwilligkeit der Asylbewerber*innen durch Hinweis auf die Rechtslage gekontert hat, verfällt in Schweigen; ebenso die Abiturientin Jana nach einem Plädoyer für Verständnis für Flucht vor Krieg, auf das ihr entgegengehalten wird, dass man den „wirklichen Kriegsflüchtlinge(n)" gerne helfen würde, aber die meisten „ja nicht wirklich bedürftig" seien (Claus, AL-4423ff.). Allein die pensionierte Lehrerin Bärbel hält dem sich entwickelnden Gruppenkonsens stand, sieht einen langfristigen ökonomischen und sozialpolitischen Nutzen von Zuwanderung und wendet sich – zunehmend mit Spott und Ironie – gegen die zuwanderungskritische Haltung der Mehrheit (vgl. AL-3).

Die übrige Gruppe zeichnet das Bild eines nicht abreißenden „Flüchtlingsstroms" mit „Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen", die „denken hier ist das Schlaraffenland" (vgl. AL-2). Über diese Personen werden zahlreiche Geschichten bzw. Gerüchte kolportiert, die fehlende zivilisatorische Standards sowie mangelnde Dankbarkeit und Respektlosigkeit gegenüber Staat und Bevölkerung (bzw. fehlende Unterordnung) veranschaulichen sollen (AL-3, AL-4, AL-5). Dies geht einher mit Vorwürfen eines zu geringen staatlichen Durchgreifens bei Fehlverhalten von Zugewanderten (AL-6). Zudem werden hohe staatliche Leistungen für Geflüchtete und eine von den Medien verschwiegene Duldung von Ladendiebstahl – samt Kompensationszahlungen des Staates an den Einzelhandel – kolportiert (AL-4). Dabei treten – wie auch bei einigen Teilnehmenden aus der Gruppe MI – Rassismus, Irrationalismus und Verschwörungsdenken auf (AL-4, AL-5). Die dominierende Kritik an Zuwanderung und Integrationsmaßnahmen mündet in dem Vorwurf: „Es bleibt ja wirklich nichts mehr übrig dann für das eigene… für die eigene Bevölkerung" (Claus; AL-4346). Neben dem wegen Krankheit arbeitslosen Claus sind es vor allem Jessica und Martina, die der unteren Mittelschicht zugeordnet werden könnten, die sich besonders zuwanderungs- und integrationsablehnend äußern (vgl. AL-1 bis AL-7).

Während die Problembeschreibungen häufig auf eine wahrgenommene Konkurrenz mit den Geflüchteten um Wohnraum, Bildung und Sozialleistungen zurückgeführt werden könnten – wohingegen Konkurrenz um Arbeitsplätze keine Rolle spielt, da den Geflüchteten überwiegend Arbeitsunwilligkeit unterstellt wird – werden diese Probleme von der Gruppe vorwiegend auf kulturell-religiöse Differenzen zurückgeführt, die eine Integration der Zugewanderten auch langfristig verhindern würden (AL-6). Aus diesem Grund wird Zuwande-

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rung generell abgelehnt und daraus der Auftrag an den Staat abgeleitet, weitere Zuwanderung zu verhindern (AL-7).

3.4 Plenumsdiskussionen und Politik-Leitlinien – Zugänge und Empfehlungen: „…dass es ein Thema ist, das auch eine Menge Ängste mit sich trägt, jedweder Form.“

Am Schluss ihrer Diskussionen wurden die Breakout-Gruppen gebeten, für das Abschlussplenum des ersten Tages besonders wichtige oder kontroverse Themen zu benennen, und in allen drei Gruppen wurde unter anderem das Thema Zuwanderung/Integration ausgewählt. Im Abschlussplenum ist man sich einig, dass dieses Thema viele Ängste in der Bevölkerung auslöst (vgl. Tabelle 6, PL-1). Allerdings prallen nun die unterschiedlichen Sichtweisen aufeinander, wobei sich schnell das *Framing* der Gruppe SE durchsetzt: Wichtig seien Integrationsmaßnahmen für die Geflüchteten und dabei sei die Entscheidung über die Finanzierung – mittels Steuern oder Schulden – zentral, auch weil kein Keil zwischen die Geflüchteten und die unteren Bevölkerungsschichten getrieben werden dürfe (vgl. PL-2, PL-3). Diese Perspektive wird auch von Mitgliedern der Gruppe MI aufgegriffen und entwickelt sich schließlich zu einer Debatte über soziale Ungleichheit und Steuerpolitik, wobei eine Mehrheit sowohl allgemeine Steuererhöhungen als auch höhere Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen ablehnt und für eine höhere Staatsverschuldung plädiert (PL-2, PL-3).

Die Mitglieder der Gruppe AL beteiligen sich – bis auf Bärbel, die sich auch in ihrer Gruppe dem zuwanderungskritischen Tenor widersetzt hat – zunächst nicht an der Diskussion. Schließlich trägt Claus die (vermeintliche) Position der Gruppe mit den Worten „ich bin für weder [Steuern] noch [Schulden]“ vor (vgl. PL-2). Zwar wird er vom Moderator um eine Erläuterung seiner Position gebeten, aber es zeigt sich, dass eine grundsätzliche Ablehnung von Zuwanderung im Plenum nicht anschlussfähig ist und die Diskussion fokussiert sich deshalb wieder auf die Frage der Finanzierung von Integration. Bemerkenswert ist auch, dass sich anschließend niemand mehr aus der Gruppe AL an der Diskussion über das Thema Zuwanderung beteiligt.

In den am zweiten Tag in den Breakout-Gruppen erarbeiteten Politik-Leitlinien spiegeln sich die unterschiedlichen Positionen der Gruppen wider (vgl. Tabelle 7). Die Gruppe SE legt eine Leitlinie zur Integration der Geflüchteten mittels Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen vor; diese erreicht bei der Abstimmung – mittels Aufklebens der personalisierten bis zu zwei JA-Stimmen sowie bei strikter Ablehnung von bis zu zwei NEIN-Stimmen (vgl. Abschnitt 3) – aus allen Gruppen Zustimmung, aber am meisten aus

https://doi.org/10.5771/9783748924173-125, (2024-04-
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Gruppe SE selbst (insgesamt 13 JA-Stimmen). Die zweite Leitlinie der Gruppe steht unter der Prognose einer Zunahme globaler Migrationsbewegungen und zielt auf langfristige politische Reaktionen, unter anderem durch ein Einwanderungsgesetz und eine dafür zuständige neue Behörde; dieser Vorschlag erreicht sieben JA-Stimmen, davon fünf aus der Gruppe SE. Insgesamt zeigt sich in den Leitlinien das Bestreben, auf Zuwanderung mit Integrationsmaßnahmen zu reagieren.

In der Gruppe MI resultieren aus der schon am ersten Tag deutlich gewordenen Vielfalt der Positionen zwei Leitlinien, die inhaltlich relativ unbestimmt bleiben. Zum einen fordert man „klare Leitlinien in der Flüchtlingspolitik", ohne diese selbst zu spezifizieren. Dass dieser Vorschlag immerhin 15 JA-Stimmen (davon 9 aus der MI-Gruppe) bekommt, dürfte auch der besonderen Situation auf dem Höhepunkt der humanitären Migration geschuldet sein. Die zweite Leitlinie ist mit „Aufklärung des Flüchtlingsthemas" (treffender wäre: Aufklärung über das Flüchtlingsthema) überschrieben und zielt auf Informationen über Migration, Fluchtursachen und Geflüchtete bei Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel in Schulen. Diese Leitlinie wurde entwickelt, nachdem die türkischstämmige Günay von ihrem Schock darüber berichtet hat, dass ihre eigenen Kinder sich gegen Geflüchtete wenden. Bei der Abstimmung überwiegen allerdings die NEIN-Stimmen, die damit begründet werden, dass sich Bürger*innen selbst über das Thema aufklären müssten und dass man Kindern diese Thematik nicht zumuten sollte.

Die Gruppe AL fordert in ihrer ersten Leitlinie eine Begrenzung der Zuwanderung und eine „gerechte" globale Verteilung der Geflüchteten; dieser Vorschlag bekommt die meisten JA-Stimmen (16, davon 10 aus der AL-Gruppe), aber auch einige NEIN-Stimmen aus den anderen Gruppen. Die zweite Leitlinie ist ein eigener Katalog von „Integrationsmaßnahmen", der sich auf die Pflichten der Zugewanderten konzentriert und unter anderem verpflichtenden Deutschunterricht, Pflichtschuljahre selbst für Erwachsene sowie eine – auf Bärbels Bedenken von der Moderatorin mit Anführungszeichen versehene – „Arbeitspflicht" für alle Zugewanderten vorsieht. Dieser Vorschlag bekommt 10 JA-Stimmen, aber auch 4 NEIN-Stimmen (aus der Gruppe MI). Auch bei dieser Gruppe zeigt sich in den Leitlinien die Fortführung der (integrationsskeptischen) Sichtweise des ersten DF-Tages.

Zum Schluss nutzt Jessica, eine dominierende Stimme aus der AL-Gruppe, die Feedback-Runde für eine letzte Thematisierung der Zuwanderung. Sie argumentiert, dass das Thema „wohl alle bis auf die Politiker" (PL2B-739f.) beschäftigt und stellt fest: „Ich finde es schon interessant, dass so viele verschiedene Menschen hier sitzen und doch die gleichen Ängste haben, wobei es vielleicht in verschiedene Richtungen geht, aber gerade auch das mit der Zuwande-

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rung, also wir sind ja schon aus verschiedenen Situationen und Altersgruppen und trotzdem hat irgendwie fast jeder die gleichen Ängste“ (PL2B-743ff.).

4. Diskussion und Schlussfolgerungen

Unser auf dem Höhepunkt der Fluchtzuwanderung nach Deutschland veranstaltetes DF wirft ein Schlaglicht auf die unterschiedlichen Einstellungen und Ängste in der Bevölkerung beim Thema Zuwanderung und Integration. Als Referenzfolie zur Interpretation kann dabei eine Hypothese von Herfried Münkler dienen (2016: 8), der darauf hinweist, dass die unteren Schichten begründete Furcht vor Zuwanderung haben könnten, weil diese ohne staatliches Eingreifen mit den Zugewanderten um Jobs, Wohnungen und Sozialleistungen konkurrieren müssten. Demgegenüber falle die häufig diagnostizierte „Angst in der gesellschaftlichen Mitte nicht in den Bereich politisch und wirtschaftlich kontrollierbarer Prozesse“ (Münkler 2016: 8), da die für die unteren Schichten relevanten Furchtursachen fehlen und die Mittelschicht mittelfristig ein Nutznießer der Zuwanderung sei.

In der Zusammenschau unserer Ergebnisse zeigt sich, dass in den verschiedenen Gruppen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und Diskurse zum Thema Zuwanderung und Sozialstaat präsent sind. Dabei spielen unterschiedliche normative und sozialmoralische Repertoires eine Rolle, etwa Bezüge zu abstrakten Rechtsgütern wie Schutz vor Flucht und Vertreibung oder auch kulturalistische Vorstellungen von Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Während in der „statusbesseren“ Gruppe SE eher Sorgen über das Gelingen von Integration vorherrschen, die darauf gerichtet sind, möglichst gute Bedingungen für die Integration zu schaffen, um langfristig soziale Folgekosten oder Konflikte, etwa durch ein Aufkeimen des Rechtspopulismus, zu vermeiden, gibt es in statusniederen Gruppen stärkere Konkurrenzgefühle, die die Vorstellung eines „ethnischen Wettbewerbs“ aufgreifen. Während im letzteren Fall in der Tat eine „Angst vor den Anderen“ erkennbar ist, geht es im erstgenannten Fall eher um eine „Angst vor der Angst der Anderen“.

Unterscheidet man zwischen kulturellen und ökonomischen Aspekten, von denen die Wahrnehmung der Zuwanderung beeinflusst sein kann, sieht man in der Gruppe SE eine relativ große Toleranz gegenüber Diversität und auch eine Anerkennung andersartiger kultureller Traditionen, während in der Gruppe AL Kultur als Abgrenzungskriterium genutzt wird – einerseits um eine Differenz zu markieren und die Integrationsfähigkeit von Zuwanderergruppen in Abrede zu stellen, andererseits um die Eigengruppe zu erhöhen und zu verteidigen. Ökonomisch sieht man sich in einem intensivierten Wettbewerb um Ressourcen und Lebenschancen. In der statushöheren SE-Gruppe hingegen ist die Vorstellung

Open Access – (cc) BY – https://doi.org/10.14361/9783839464545-006
Open Access – (cc) BY – https://www.inlibra.com/de/agb.html

einer unmittelbaren und sie selbst betreffenden Konkurrenz um Sozialleistungen, Wohnraum oder Arbeitsplätze kaum präsent; eher wird noch auf die langfristigen Vorteile von Migration angesichts des demographischen Wandels verwiesen, auch wenn eingeräumt wird, dass die unteren Gruppen eher mit derartigen Problemen konfrontiert sein könnten. Eine oftmals in den Medien und einzelnen wissenschaftlichen Veröffentlichungen angesprochene sozioökonomische „Angst der oberen und mittleren Schichten" scheint sich zumindest im Kontext des freien Räsonierens der Bürger*innen nicht Bahn zu brechen.

Insgesamt eröffnet unser DF einen Blick auf die unterschiedlichen Diskursperspektiven in den einzelnen Gruppen. Zwar konnten wir Tendenzen und dominante Diskursmuster identifizieren, aber die Meinungsbilder waren keineswegs einheitlich. Vor allem in der Gruppe MI wurde sehr kontrovers diskutiert, was darauf schließen lässt, dass hier unterschiedliche Weltbilder und Referenzen miteinander konkurrieren. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass beim Aufeinandertreffen der Positionen im Plenum die „statushöhere" Gruppe SE den Diskurs dominierte, während die „statusniedrigere" Gruppe AL ihre Gegenposition nur einmal artikulierte und dann schwieg. Darüber hinaus deuten die nach Gruppen ausgewerteten Ergebnisse der Abstimmung über die Politik-Leitlinien darauf hin, dass dieses Schweigen nicht als Einverständnis mit der Sicht der Gruppe SE gedeutet werden kann.

Der Vorteil eines DF besteht ganz allgemein darin, dass es über den Diskurs kollektive Deutungen erfasst, die auch Stimmungen und Ängste transportieren. Im Unterschied zu anderen, „strengeren" Methoden der Einstellungsforschung gelingt es hier, einen offenen Raum des Austausches von Meinungen und Perspektiven zu schaffen, in dem sich die Teilnehmenden artikulieren können. Die geringe Steuerung und Vorstrukturierung der Diskussion hat zwar den Nachteil, dass diese sich mäandernd vom Thema wegbewegen kann, aber sie öffnet auch neue Perspektiven und erlaubt die Beobachtung von Dynamiken von kollektiven Meinungsprozessen. Für die Erforschung eines so offenen Themas wie Zuwanderung und die Rolle von Ängsten eignen sie sich ausgesprochen gut und erlauben, den Raum der vorhandenen Positionen, Meinungen und Argumente zu vermessen.

Literatur

Alesina, Alberto; Glaeser, Edward L. 2004. *Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference*. Oxford: Oxford University Press.

Amadeu Antonio Stiftung; Pro Asyl 2017. *Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle*. https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle (Zugriff vom 31.8.2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Bächtiger, André; Wyss, Dominik 2013. „Empirische Deliberationsforschung – eine systematische Übersicht“, in *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 7, 2, S. 155–181.

Balzereit, Marcus 2010. *Kritik der Angst: Zur Bedeutung von Konzepten der Angst für eine reflexive Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Bishop, George F. 2005. *The Illusion of Public Opinion: Fact and Artifact in American Public Opinion Polls*. Lanham: Rowman & Littlefield.

Bobo, Lawrence D. 1999. „Prejudice as group position: Microfoundations of a sociological approach to racism and race relations“, in *Journal of Social Issues* 55, 3, S. 445–472.

Borjas, George J. 1999. „Immigration and welfare magnets“, in *Journal of Labor Economics* 17, 4, S. 607–637.

Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Sirries, Steffen 2017. *Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland: Der Stand zum Jahresbeginn 2017*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Aktuelle Berichte, 4/2017).

Brücker, Herbert et al. 2016. „Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration“, in *DIW Wochenbericht* 2016, 46, S. 1103–1119.

Bude, Heinz 2014. *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.

Burgoon, Brian; Koster, Ferry; van Egmond, Marcel 2012. „Support for redistribution and the paradox of immigration“, in *Journal of European Social Policy* 22, 3, S. 288–304.

Dehne, Max 2017. *Soziologie der Angst*. Wiesbaden: Springer VS.

Eisnecker, Philipp; Schupp, Jürgen 2016a. „Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft“, in *DIW Wochenbericht* 2016, 8, S. 158–164.

Eisnecker, Philipp; Schupp, Jürgen 2016b. *Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland: Stabil hohes Engagement in der Gesellschaft für Geflüchtete bei weiterhin überwiegend negativer Einschätzung der Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung; Aktualisierung vom Februar 2016*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 833).

Emmenegger, Patrick; Klemmensen, Robert 2013. „Immigration and redistribution revisited: How different motivations can offset each other“, in *Journal of European Social Policy* 23, 4, S. 406–422.

Fishkin, James S.; Luskin, Robert C. 2005. „Experimenting with a democratic ideal: Deliberative polling and public opinion“, in *Acta Politica* 40, 3, S. 284–298.

Fung, Archon 2003. „Survey article: Recipes for public spheres: Eight institutional design choices and their consequences“, in *Journal of Political Philosophy* 11, 3, S. 338–367.

Gang, Ira N. et al. 2013. „Economic strain, education and attitudes towards foreigners in the European Union“, in *Review of International Economics* 21, 2, S. 177–190.

Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) 2017: *Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp.

Gerhards, Jürgen; Hans, Silke; Schupp, Jürgen 2016a. „Einstellungen der BürgerInnen in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten“, in *DIW Wochenbericht* 2016, 21, S. 467–473.

Gerhards, Jürgen; Hans, Silke; Schupp, Jürgen 2016b. „Kant, das geltende Recht und die Einstellungen der Bürger zu Flüchtlingen und anderen Migranten“, in *Leviathan* 44, 4, S. 604–620.

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Giesselmann, Marco et al. 2017. „Fluchtzuwanderung ganz oben auf der Liste der dringenden politischen Prioritäten“, in *Wirtschaftsdienst* 97, 3, S. 192–200.

Grönlund, Kimmo; Bächtiger, André; Setälä, Maija (Hrsg.) 2015. *Deliberative Mini-Publics: Involving Citizens in the Democratic Process*. Colchester: ECPR Press.

Helbling, Marc 2013. „Framing immigration in Western Europe“, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40, 1, S. 21–41.

Heuer, Jan-Ocko; Mau, Steffen 2017. „Stretching the Limits of Solidarity: The German Case“, in *After austerity: Welfare State Transformation in Europe after the Great Recession*, hrsg. v. Taylor-Gooby, Peter; Leruth, Benjamin; Chung, Heejung, S. 27–47. Oxford: Oxford University Press.

Jacobsen, Jannes; Eisnecker, Philipp; Schupp, Jürgen 2017. „Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen“, in *DIW Wochenbericht* 2017, 17, S. 347–358.

Karpowitz, Christopher F.; Mendelberg, Tali 2011. „An experimental approach to citizen deliberation“, in *Cambridge handbook of experimental political science*, hrsg. v. Druckman, James N.; Green, Donald P.; Kuklinski, James H.; Lupia, Arthur, S. 258–272. Cambridge: Cambridge University Press.

Kersting, Wolfgang 1998. „Internationale Solidarität“, in *Solidarität: Begriff und Problem*, hrsg. v. Bayertz, Kurt, S. 411–429. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Mau, Steffen; Burkhardt, Christoph 2009. „Migration and welfare state solidarity in Western Europe“, in *Journal of European Social Policy* 19, 3, S. 213–229.

Mewes, Jan; Mau, Steffen 2012. „Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism“, in *Contested Welfare States: Welfare Attitudes in Europe and Beyond*, hrsg. v. Svallfors, Stefan, S. 119–157. Stanford: Stanford University Press.

Meyer, Thomas 2002. „Sozialstruktur und Migration: Die soziale Lage der Arbeitsmigranten in Deutschland“, in *Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten: Probleme, Entwicklungen, Perspektiven*, hrsg. v. Treichler, Andreas, S. 69–82. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Münkler, Herfried 2016. „Die Mitte und die Flüchtlingskrise“, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, 14/15, S. 3–8.

Offe, Claus 1998. „Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration“, in *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie*, hrsg. v. Streeck, Wolfgang, S. 99–136. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Olzak, Susan 1992. *The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict*. Stanford: Stanford University Press.

Pettigrew, Thomas F. 1998. „Intergroup contact theory“, in *Annual Review of Psychology* 49, 1, S. 65–85.

Pettigrew, Thomas F.; Tropp, Linda R. 2000. „Does Intergroup Contact Reduce Prejudice? Recent Meta-Analytic Findings“, in *Reducing prejudice and discrimination*, hrsg. v. Oskamp, Stuart, S. 93–114. Mahwah: Erlbaum.

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Raijman, Rebeca; Semyonov, Moshe; Schmidt, Peter 2003. „Do foreigners deserve rights? Determinants of public views towards foreigners in Germany and Israel“, in *European Sociological Review* 19, 4, S. 379–392.

Salikutluk, Zerrin; Giesecke, Johannes; Kroh, Martin 2016. „Geflüchtete nahmen in Deutschland später eine Erwerbstätigkeit auf als andere MigrantInnen“, in *DIW Wochenbericht* 2016, 35, S. 749–756.

Schaal, Gary S.; Ritzi, Claudia 2009. *Empirische Deliberationsforschung*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln (MPIfG Working Paper, 09/9).

Scheepers, Peer; Gijsberts, Mérove; Coenders, Marcel 2002. „Ethnic exclusionism in European countries: Public opposition to civil rights for legal migrants as a response to perceived ethnic threat“, in *European Sociological Review* 18, 1, S. 17–34.

Schwinn, Thomas 2001. „Staatliche Ordnung und moderne Sozialintegration“, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53, 2, S. 211–232.

Soroka, Stuart N.; Banting, Keith; Johnston, Richard 2006. „Immigration and Redistribution in a Global Era“, in *Globalization and Egalitarian Redistribution*, hrsg. v. Bardhan, Pranab; Bowles, Samuel; Wallerstein, Michael, S. 261–288. Princeton: Princeton University Press.

Statistisches Bundesamt 2017a. *Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland von 1991 bis 2015*. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28347/umfrage/zuwanderung-nach-deutschland (Zugriff vom 31.8.2017).

Statistisches Bundesamt 2017b. *Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2015*. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157446/umfrage/hauptherkunftslaender-der-zuwanderer-nach-deutschland-2009 (Zugriff vom 31.8.2017).

Steenbergen, Marco R. et al. 2003. „Measuring political deliberation: A discourse quality index“, in *Comparative European Politics* 1, 1, S. 21–48.

van der Waal, Jeroen et al. 2010. „‘Some are more equal than others’: Economic egalitarianism and welfare chauvinism in the Netherlands“, in *Journal of European Social Policy* 20, 4, S. 350–363.

van Oorschot, Wim 2006. „Making the difference in social Europe: Deservingness perceptions among citizens of European welfare states“, in *Journal of European Social Policy* 16, 1, S. 23–42.

van Oorschot, Wim; Uunk, Wilfred 2007. „Multi-level determinants of the public’s informal solidarity towards immigrants in European welfare states“, in *Social justice, legitimacy and the welfare state*, hrsg. v. Mau, Steffen; Veghte, Benjamin, S. 217–238. Aldershot: Ashgate Publishing.

Wagner, Peter; Zimmermann, Bénédicte 2003. „Nation: Die Konstitution einer politischen Ordnung als Verantwortungsgemeinschaft“, in *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse*, hrsg. v. Lessenich, Stephan, S. 243–266. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Zaller, John R.; Feldman, Stanley 1992. „A simple theory of the survey response: Answering questions versus revealing preferences“, in *American Journal of Political Science* 36, 3, S. 579–616.

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Anhang

Tabelle 1: Übersicht DF-Teilnehmende (Breakout-Gruppe, Pseudonym, Soziodemographie); sortiert nach Breakout-Gruppe und Anzahl der DF-Wortbeiträge

Gr.	Pseudonym	Soziodemographische Merkmale
SE	Clemens [268 Beiträge]	Männlich, 46 Jahre, Universitätsabschluss, Selbständigkeit (Vollzeit), Personaldienstleister, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, lebt mit Partner*in ohne legalen Status, keine Kinder im Haushalt, langfristige Partei-Präferenz: Bündnis90/Die Grünen
SE	Margot [267 Beiträge]	Weiblich, 66 Jahre, Universitätsabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, lebt mit Partner*in ohne legalen Status, keine Kinder im Haushalt, SPD
SE	Rolf-Philip [241 Beiträge]	Männlich, 55 Jahre, Universitätsabschluss, Selbständigkeit (Vollzeit), Rechtsanwalt, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 4.000-5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, zwei Kinder im Haushalt, SPD
SE	Werner [169 Beiträge]	Männlich, 65 Jahre, Universitätsabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen über 5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, FDP
SE	Andreas [120 Beiträge]	Männlich, 47 Jahre, Realschulabschluss, Selbständigkeit (Teilzeit), Eventmanager, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen über 5.000 Euro, lebt mit Partner*in ohne legalen Status, ein Kind im Haushalt, SPD
SE	Mathias [116 Beiträge]	Männlich, 40 Jahre, Universitätsabschluss, arbeitet in Vollzeit, öffentlicher Dienst, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen über 5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, zwei Kinder im Haushalt, CDU
SE	Helen [111 Beiträge]	Weiblich, 45 Jahre, Universitätsabschluss, Selbständigkeit (Vollzeit), Umwelttechnologin, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, vier Kinder im Haushalt, Piratenpartei
SE	Cindy [70 Beiträge]	Weiblich, 33 Jahre, Abitur, bleibt zu Hause um sich um Haus und Familie zu kümmern, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, zwei Kinder im Haushalt, CDU
SE	Susanne [66 Beiträge]	Weiblich, 54 Jahre, Realschulabschluss, bleibt zu Hause um sich um Haus und Familie zu kümmern, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, getrennt oder geschieden, ein Kind im Haushalt, CDU
SE	Hensel [31 Beiträge]	Männlich, 31 Jahre, Universitätsabschluss, arbeitet in Vollzeit, Maschinenbauingenieur, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, SPD
SE	Alexandra [3 Beiträge]	Weiblich, 28 Jahre, Realschulabschluss, Selbständigkeit (Teilzeit) im Bereich Sport, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen: keine Angabe, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

MI	Marie [225 Beiträge]	Weiblich, 49 Jahre, Universitätsabschluss, arbeitet in Vollzeit, Verwaltungswirtin, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, getrennt oder geschieden, ein Kind im Haushalt, Bündnis90/Die Grünen, Migrationshintergrund: Westeuropa
MI	Ahmet [176 Beiträge]	Männlich, 41 Jahre, Abitur, arbeitet in Vollzeit, Manager American Football Club, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, lebt mit Partner*in ohne legalen Status, ein Kind im Haushalt, CDU, Migrationshintergrund: Türkei
MI	Ulf [160 Beiträge]	Männlich, 66 Jahre, Realschulabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU, kein Migrationshintergrund
MI	Selim [150 Beiträge]	Männlich, 24 Jahre, Abitur, arbeitet in Vollzeit, Banker, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, FDP, Migrationshintergrund: Türkei
MI	Jürgen [138 Beiträge]	Männlich, 69 Jahre, Universitätsabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU, kein Migrationshintergrund
MI	Steven [106 Beiträge]	Männlich, 30 Jahre, Realschulabschluss, arbeitet in Vollzeit, Logistik, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 4.000-5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, zwei Kinder im Haushalt, CDU, kein Migrationshintergrund
MI	Leona [86 Beiträge]	Weiblich, 18 Jahre, Abitur, Studentin, arbeitet in Teilzeit, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 1.400-2.100 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, Die Linke, Migrationshintergrund: Arabischer Staat
MI	Günay [82 Beiträge]	Weiblich, 43 Jahre, Abitur, arbeitet in Teilzeit, öffentlicher Dienst, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.800-4.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, vier Kinder im Haushalt, SPD, Migrationshintergrund: Türkei
MI	Lydia [77 Beiträge]	Weiblich, 21 Jahre, Abitur, in Ausbildung/Studium, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen unter 1.400 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, SPD und Bündnis90/Die Grünen, Migrationshintergrund: Mazedonien
MI	Kristin [42 Beiträge]	Weiblich, 46 Jahre, Universitätsabschluss, arbeitet in Vollzeit, Verwaltungsangestellte im öffentlichen Dienst, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, ein Kind im Haushalt, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen, kein Migrationshintergrund
MI	Simon [26 Beiträge]	Männlich, 25 Jahre, Realschulabschluss, arbeitet in Teilzeit, Eventmanager, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 1.400-2.100 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, Die Linke, Migrationshintergrund: Polen
AL	Jessica [325 Beiträge]	Weiblich, 30 Jahre, Realschulabschluss, arbeitet in Vollzeit, Angestellte im öffentlichen Dienst, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 4.000-5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, zwei Kinder im Haushalt, CDU
AL	Bärbel [307 Beiträge]	Weiblich, 65 Jahre, Universitätsabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU

https://doi.org/10.5771/9783748938079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

AL	Sonja [253 Beiträge]	Weiblich, 29 Jahre, Universitätsabschluss, erwerbslos, nicht arbeitssuchend (hat gerade ihr Studium beendet), monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 1.400-2.100 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, SPD
AL	Michaela [223 Beiträge]	Weiblich, 41 Jahre, Realschulabschluss, erwerbslos, nicht arbeitssuchend, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 1.400-2.100 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, ein Kind im Haushalt, CDU
AL	Dieter [203 Beiträge]	Männlich, 70 Jahre, Realschulabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, ein Kind im Haushalt, SPD
AL	Claus [201 Beiträge]	Männlich, 52 Jahre, Realschulabschluss, chronisch krank oder behindert, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen unter 1.400 Euro, getrennt oder geschieden, keine Kinder im Haushalt, AfD
AL	Erika [130 Beiträge]	Weiblich, 63 Jahre, Universitätsabschluss, in Rente/Pension, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 1.400-2.100 Euro, getrennt oder geschieden, keine Kinder im Haushalt, SPD
AL	Jana [127 Beiträge]	Weiblich, 18 Jahre, Abitur, arbeitet in Teilzeit (Salatbar), monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 2.100-2.800 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU
AL	Kristina [86 Beiträge]	Weiblich, 19 Jahre, Abitur, arbeitet in Teilzeit (Videothek), monatliches Haushalts-Nettoeinkommen über 5.000 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, CDU
AL	Alina [62 Beiträge]	Weiblich, 50 Jahre, Universitätsabschluss, erwerbslos, arbeitssuchend, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen unter 1.400 Euro, nicht verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft, keine Kinder im Haushalt, SPD
AL	Mirco [55 Beiträge]	Männlich, 33 Jahre, Realschulabschluss, arbeitet in Vollzeit, Pfleger, monatliches Haushalts-Nettoeinkommen 4.000-5.000 Euro, verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft, ein Kind im Haushalt, SPD
AL	Gerrit [28 Beiträge]	Männlich, 51 Jahre, Realschulabschluss, arbeitet in Vollzeit, Küchenchef (Gastronomie), monatliches Haushalts-Nettoeinkommen unter 1.400 Euro, lebt mit Partner*in ohne legalen Status, ein Kind im Haushalt, Piratenpartei

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Tabelle 2: Einstellungen zu Zuwanderung und Integration nach Breakout-Gruppen

Fragebogen-Item	**Gruppe SE (11 Pers.)**	**Gruppe MI (11 Pers.)**	**Gruppe AL (12 Pers.)**	**Bevölkerung ESS 2008**
„Sozialleistungen in Deutschland ermutigen Menschen aus anderen Ländern hierher zu kommen, um hier zu leben." (Skala: -2 bis +2)	ø + 0,4	ø + 1,18	ø + 1,17	ø + 0,99
„Wenn Sie nun einmal an Menschen denken, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben. Was glauben Sie: Wann sollten sie die gleichen Rechte auf Sozialleistungen bekommen wie die Bürger, die bereits hier leben?"				
- Sofort bei Ihrer Ankunft	1	2	0	8,6%
- Nachdem sie ein Jahr in Deutschland gelebt haben, unabhängig davon, ob sie gearbeitet haben oder nicht.	1	2	1	11,5%
- Erst nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben.	5	5	4	41,4%
- Sobald sie deutsche Staatsbürger geworden sind.	2	1	4	29,1%
- Sie sollten niemals die gleichen Rechte bekommen.	0	1	2	6,7%
„Glauben Sie, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen um hier zu leben, unterm Strich mehr bekommen als sie bezahlen oder mehr bezahlen als sie bekommen?" Skala: -5/ mehr bezahlen, +5/mehr bekommen	ø + 0,1	ø + 0,1	ø + 2,5	ø + 1,22

Erläuterungen: Auswertung der Vorab-Befragung der DF-Teilnehmenden (Spalten 2-4); zum Vergleich Bevölkerung in Deutschland ESS Welfare-Modul 2008 (Spalte 5); Skalen-Nullpunkte geändert

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Tabelle 3: Breakout-Gruppe SE, Tag 1, ausgewählte Zitate (in chronologischer Reihenfolge)

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
SE-1 (Zeilen 3156-3180)	**Rolf-Philip**: „Bei Leuten die aus Kriegsgebieten kommen, aus Bürgerkriegshorten kommen, dass man die aufnimmt ist für mich selbstverständlich. Bei den Wirtschaftsflüchtlingen, die man so nennt, da bin ich etwas unsicher, habe noch keine abschließende Meinung. Andererseits wird es eine Entwicklung sein, die man nicht ignorieren kann. Weil wenn die Wirtschaft sich globalisiert, globalisieren sich auch die Menschen, das heißt die gehen dorthin, was völlig verständlich ist, wo sie für sich und ihre Familien bessere wirtschaftliche Bedingungen erhoffen. Das ist völlig verständlich und völlig normal. Wenn ich in Bulgarien oder im Kosovo leben würde oder als Zigeuner in Ungarn, würde ich auch zusehen, dass ich so schnell wie möglich da wegkomme. Völlig klar. Wie man das dann auffangen kann, da bin ich überfragt.“ – **Clemens**: „Ich denke auch die Motivation, warum jemand herkommt, ist aus meiner Sicht erstmal zweitrangig. Weil jeder der seine Heimat verlässt, der macht es nicht aus freiwilligen Gründen, sondern hat sehr gute und die gewählt. Aber wenn sie dann schon hier sind, und integriert werden wollen und hier überhaupt leben wollen, weil sie denken hier können sie sozusagen besser leben, ist ja ein völlig legitimer Wunsch, müssen wir gucken, wie schaffen wir denn das? Das heißt Sprache, Arbeit, Ausbildung etc. Damit geht das einher und vielleicht schaffen wir es ja dadurch, ein bisschen diese Demographie, die wir heute schon oft besprochen haben, ein bisschen abzumildern. Weil wir haben jetzt natürlich Geld für Kita, für Schule, sonst müssten wir ja in die Leute, die jetzt kommen, gar nicht investieren, haben jetzt aber den tollen Effekt, dass wenn die jetzt schnell in Arbeit kommen und in unsere Sicherungssysteme einzahlen, dann ist es für die deutsche Gesellschaft ein Zugewinn. Vorausgesetzt die Integration klappt. Das ist ja schon so eine Sache.“
SE-2 (3185-3190)	**Cindy**: „Da kann ich einen Einwurf machen. Und zwar habe ich aus dem Bekanntenkreis mitbekommen, dass es so ist, dass wenn Leute ihre Kinder für einen Kindergartenplatz angemeldet haben und der jetzt auch demnächst in Anspruch genommen werden sollte, dann würden sie von der Kindergartenleitung angerufen. Dann wurde ihnen gesagt, dass sie den Platz leider nicht haben können, weil sie nicht wissen wie viele Flüchtlingskinder sie aufnehmen müssen. Das ist dann so ein Punkt, den finde ich etwas negativ.“
SE-3 (3206-3217)	**Cindy**: „[…] Was mir ansonsten auch nochmal bei dem Thema so ein bisschen aufstößt ist, natürlich aus der Not heraus, klar, bin ich auch dafür, ist für mich selbstverständlich, aber in anderen Ländern ist es ja so, sei es USA, Irland, Schweden, Finnland etc.: Man muss einfach entweder schon ein bisschen sich verständigen können oder man muss in einem bestimmten Zeitraum einen Test machen, dass man nachweisen kann, ich kann hier auch arbeiten, weil ich mich wenigstens vom Grunde her verständigen kann. Das ist das, was mir persönlich hier immer noch so ein bisschen fehlt und woran eben gearbeitet werden müsste. Weil es gibt Leute, die hier schon seit 20, 30 Jahren leben, eigentlich keinen vollständigen Satz teilweise sprechen können und auch noch nie arbeiten waren, das finde ich dann nicht ganz so positiv. Sagen wir es mal so, also da müsste echt dran gearbeitet werden und dass halt auch jeder einzahlen kann und was für die Wirtschaft tun kann.“
SE-4 (3408-3442)	**Rolf-Philip**: „Was ein No-Go wäre, was überhaupt nicht ginge, wäre, weil letztlich läuft es ja darauf hinaus, dass das untere, schwache Einkommenszwanzigstel, die um billige Wohnräume kämpfen, die um Kitaplätze kämpfen, die um Jobs kämpfen, die im Bereich Mini-Lohn liegen, also geringqualifizierte Jobs, wenn die jetzt mit den Asylsuchenden um die

https://doi.org/10.5771/9783748923633, am 02.10.2022, 10:15:53
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	freien Wohnungen, die Kitaplätze und die geringqualifizierten Jobs kämpfen müssten. Dann hätten wir Mord und Totschlag hier, weil die Deutschen sagen, wieso ist für die Asylbewerber alles da? Das, das und das. Wenn das passiert, gibt es eine Katastrophe. Das heißt, man muss das schon so regeln, dass alle gleich teilhaben können, an den Kitaplätzen, an den geringqualifizierten Jobs, die schlecht bezahlt werden, ohne dass es dazu kommt, der eine wird gegenüber dem anderen bevorzugt. Das darf auf gar keinen Fall passieren, weil dann wird nur der rechte Rand davon profitieren, die dann sagen, die Asylanten sind schuld daran, dass ich keinen Job habe.“ – **Werner**: „Aber das zeichnet sich doch eigentlich schon ab, denn ich meine, wie viele Leute kämpfen denn jetzt um Kitaplätze, kämpfen um Mini-Jobs. Wir haben das Problem ja jetzt noch nicht mal gelöst und es wird einfach immer größer. Und deshalb ist auch die Gefahr von rechts extrem enorm im Moment.“ – **Rolf-Philip**: „Richtig.“ – **Moderatorin**: „Wie kann denn der Sozialstaat agieren? Welche Rolle spielt er da?“ – **Rolf-Philip**: „Sozialer Wohnungsbau, die sollen Wohnungen bauen, wo die Mieten mitsubventioniert werden, so wie es in West-Berlin war. Es war die Insel der Seligen sozusagen, als es den Weißen Kreis gab, das heißt die Mieten waren gedeckelt, es kostet nur so viel wie in Spandau, dann gab es die sensationelle Berlin-Zulage, 10 Prozent vom Lohn und netto obendrauf, die Kneipen waren sieben Tage die Woche voll, jeder hatte Geld. Gut, okay, das war natürlich ein teurer Spaß. Weil es war ja politisch so gewollt. Aber jetzt geht es nur darüber, man muss eben um den Leuten, die jetzt kein Geld haben, eine Wohnung anbieten zu können, muss man eben im sozialen Wohnungsbau, die Wohnungsbaugesellschaften, entweder die verstaatlichten müssen bauen oder man muss wieder neue staatliche Wohnungsbaugesellschaften gründen, die eben gedeckelte Mietpreise anbieten für Wohnungen, die für alle zugänglich sind, nicht nur für Flüchtlinge.“
SE-5 (3450-3496)	**Clemens**: „Ist ja ganz klar, dass wir das alle so wünschenswert finden, was alles gemacht werden muss. Aber eins ist ja auch klar, das kostet alles einen Haufen Geld. Jetzt haben wir vorhin festgestellt: 60 Prozent unseres Gesamtetats an Steuermitteln, die aufkommen, werden schon für Arbeit und Soziales aufgewandt. 60 Prozent. Jetzt haben wir nur zwei Möglichkeiten, entweder wir erhöhen es auf 70 Prozent, weil die Kosten nun mal da sind, auf Kosten der anderen Budgets, dann können wir eben nicht so gute Panzer bauen, ist doof. Oder wir erhöhen die Steuern und dann musst du aber ein Bedürfnis dafür schaffen in der Bevölkerung, dass du sagst, Leute wir müssen jetzt alle den Gürtel enger schnallen, wir müssen jetzt alle mehr Steuern zahlen, weil wir haben größere Ausgaben.“ – **Rolf-Philip**: „Aber es ist auch eine Jobmaschine. Da arbeiten Bauarbeiter, die Makler verdienen, die Grundstücksbesitzer verdienen Geld, da kommen überall Steuern rein.“ – **Clemens**: „Dass sich das rechnet…“ – **Rolf-Philip**: „Es wird sich nicht auf eine Null-Summe rechnen, aber es wird…“ – **Clemens**: „Volkswirtschaftlich macht das Sinn.“ – **Rolf-Philip**: „Es wird nicht so teuer wie man denkt. Es kostet deutlich weniger als die Griechenland-Rettung, wenn sie denn aktuell wird. Kostet vielleicht eine zweistellige Milliardensumme. Mein Gott. Ob wir jetzt zwei Millionen Schulden, oder zwei Komma einhundert Millionen, völlig Banane.“ – **Clemens**: „Überschuldet.“ – **Rolf-Philip**: „Überschuldet ist überschuldet. Da kommt es auch nicht mehr darauf an.“ – **Margot**: „Aber es rechnet sich.“ – **Rolf-Philip**: „Es ist aber eine langfristige Investition...“ – **Margot**: „Genau.“ – **Rolf-Philip**: „… die sich, davon bin ich überzeugt, rechnen wird. Man muss es nur in die Hand nehmen das Geld und von dieser unsinnigen schwarzen Null im Haushalt runterkommen, die total schwachsinnig ist.“ – **Werner**: „Es muss jetzt etwas passieren.“ – **Moderatorin**: „Aber wer ist dazu bereit das wirklich zu machen? Clemens hat da einen interessanten Punkt aufgeworfen. Sagt man, man erhöht die Ausgaben auf 70 Prozent oder nimmt mehr Steuern ein? Wie ist man bereit

Open Access. © 2020 Verlag Barbara Budrich GmbH, Opladen, Berlin, Toronto. CC BY
https://doi.org/10.3224/84742468.06.00 https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	das Problem oder die Herausforderungen anzugehen?“ – **Cindy**: „Also Steuern erhöhen auf keinen Fall. Wenn dann so wie hier auch schon der Vorschlag gemacht wurde, vielleicht bei den ganz Reichen. Aber beim normalen Bürger würde das ja in einer Katastrophe hier ausarten, sage ich mal, wenn die Steuern erhöht werden.“ – **Moderatorin**: „Wodurch?“ – **Cindy**: „Die Leute haben ja dann, die Steuern werden erhöht und die Leute haben weniger Geld zum Leben, wo jetzt vielleicht schon manch einer es gerade so passt. Das würde natürlich Mord und Totschlag auf den Straßen geben.“
SE-6 (3502-3527)	**Rolf-Philip**: „Ich denke das ist eine Investition in die Zukunft. Das ist eine Infrastrukturmaßnahme für die man auch Schulden machen kann.“ – **Clemens**: „Ja, aber Schulden müssen dann wieder die Kinder bezahlen.“ – **Rolf-Philip**: „Im Augenblick kann Deutschland so billig wie niemals zuvor Schulden machen. Warum sollte man das jetzt nicht machen?“ – **Clemens**: Ja, aber Schulden müssen doch wieder die Kinder bezahlen. Und jetzt haben die Kinder schon zwei Billionen – das schaffen die nie!“ – **Rolf-Philip**: „Aber dafür steht dann auch ein Gegenwert, da stehen Häuser für. Ob die jetzt qualitativ hochwertig sind oder nicht, aber die stehen da.“ – **Werner**: „Und ich meine das Problem muss ja gelöst werden und wenn es nicht über Steuern zu lösen ist, dann geht es eben nur über Schulden. Die beiden Möglichkeiten gibt es. Eine dritte sehe ich gar nicht.“ – **Rolf-Philip**: „Man kann es auch privat machen, aber dann wollen die Privatiers wieder 10, 15 Prozent Rendite haben, dann kann man die Miete nicht billig halten oder man muss über Mietzuschüsse wieder Steuergelder in die Hand nehmen, das ist ja alles Unsinn. Da kann man es auch gleich selbst machen.“

Tabelle 4: Breakout-Gruppe MI, Tag 1, ausgewählte Zitate (in chronologischer Reihenfolge)

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
MI-1 (2543-2629)	**Moderatorin**: „Die aktuelle Zuwanderung, ja. Da ist die Frage, was sind denn jetzt die spontanen Assoziationen?“ – **Ahmet**: „Zu viele.“ – **Jürgen**: „Viele, viele, nicht zu viele. Viele.“ – **Steven**: „Zu viele Viele.“ – **Ulf**: „Kein Plan.“ – **Marie**: „Oh ja.“ – **Ahmet**: „Überfordert.“ – **Jürgen**: „Frage der Verteilung.“ – **Simon**: „Finanzen.“ – **Leona**: „Ehrenamtliche Arbeit.“ – **Lydia**: „Hilfen, ja.“ – **Marie**: „Stichwort ehrenamtliche Arbeit, aber da... Ich weiß nicht, wie man das in einem Wort zusammenfassen würde, aber dieses Erstaunen darüber, wie viel Engagement möglich ist. Also zu was die Leute bereit sind, zu leisten und zu tun.“ – **Moderatorin**: Also insofern überrascht das, dass so viele überhaupt Engagement zeigen?“ – **Marie**: „Ja. Neben der Arbeit, neben Familie…“ […] **Steven**: „Plötzlich ist Geld vorhanden, was für Deutsche nicht vorhanden war.“ [Unruhe in der Gruppe] – **Marie**: „Es ist nur ein Brainstorming.“ – **Moderatorin**: „Was ist damit gemeint?“ – **Steven**: „Dass man auf einmal Finanzmittel hat, die man eigentlich auch für uns hätte nutzen können, um andere Sachen aufzubauen.“
MI-2 (2751-2777)	**Selim**: „Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir merken ja einen unheimlichen Rechtsruck. Es ist ja ein völliges Erstarken der Rechtsextremisten jetzt, die diese Situation ausnutzen und auch die Leute aufhetzen.“ – **Moderatorin**: „Zusammenhalt oder Spaltung?“ – **Selim**: „Spaltung.“ – **Marie**: „Sowohl als auch.“ – **Selim**: „Beides, ja. Also wir merken gerade eine

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	Spaltung. Die AfD ist ja auch unglaublich im Aufschwung. Und nicht nur die AfD, auch die, die noch weiter rechtsaußen stehen. Und letztendlich hetzen die und spalten dadurch die Gesellschaft und es kommt zu rechtsextremistisch motivierten Attentaten und letztendlich müssen wir nicht nur die Flüchtlinge im Auge behalten, sondern auch die gesamte Gesellschaft und eben die, die sich davon leicht manipulieren lassen." – **Ahmet**: „Also da würde ich einhaken. Das Problem ist, glaube ich, eher nicht die rechte Fraktion, sondern eher das Problem ist, dass die Mitte eher rechtslastig wird. Das ist, glaube ich, das Hauptproblem, dass die Mitte so langsam Richtung rechts sich neigt nach diesen Geschichten." – **Steven**: „Ja." – **Jürgen**: „Die vorher rechts waren, die sind jetzt auch rechts. Aber die Mitte, das ist das Problem."
MI-3 (2788-2816)	**Selim**: „Ja, ich glaube viele von diesen Leuten die jetzt vermehrt rechts denken, da ist ja auch der Hintergrund, dass sie, sage ich mal, von Natur aus hilfsbereit sind, aber für sich irgendwann einen Punkt erreicht haben, wo sie sagen, okay, eine gewisse Hilfsbereitschaft haben wir schon gezeigt, aber es geht nicht mehr und dann kommt es halt zu dieser Erscheinung, dass sie sagen, okay, jetzt bin ich voll rechts auf einmal. Es muss irgendwann einen Punkt geben." – **Leona**: „Ich glaube die Gefahr ist eben nicht, dass sie sagen ich bin jetzt voll rechts, die Gefahr ist, dass sie sagen, nee, ich bin ja jetzt kein Nazi, aber ich finde trotzdem, dass die Flüchtlinge so und so sind." – **Steven**: „Dann bist du auch rechts. Sobald du deine Meinung äußerst und sagst… Ich selber sehe es ja auch so, Helfen, aber mach nicht zu viel, dann bist du gleich wieder rechts. Man wird immer gleich in die eine Schiene abgeschoben, in eine Schublade." – **Leona**: „Das ist wie von der Gesellschaft jetzt auf einmal so halb erlaubt, was dagegen zu sagen. Also wie, ich kann es gar nicht so richtig beschreiben. Also zum Beispiel Jan Böhmermann hat gesagt, es ist so eine Art ‚Du darfst'-Version von der NPD. Ich fand es ganz gut beschrieben eigentlich. Weil ich finde das ist das Gefährlichste, davor habe ich am meisten Angst. Ich habe total die Angst vor den Deutschen, die jetzt irgendwie sagen, hey, okay, weg mit den Flüchtlingen, ich muss erstmal selbst über die Runden kommen und so weiter und so fort und keine Ahnung, also davor…" – **Marie**: „Neuer Sündenbock." – **Moderatorin**: „Sündenbock, hm." – **Ahmet**: „Ich glaube auch, der Deutsche hat ein bisschen Angst. Hass entsteht durch Angst."
MI-4 (3019-3037)	**Ahmet**: „Ich habe die Erfahrung jetzt, dass zum Beispiel in Istanbul, in Großstädten, die Syrer sich nicht in der Türkei integrieren konnten." – **Selim**: „Ja, ja, Türkei ist aber was Anderes." – **Ahmet**: „Aber es ist viel näher. Ich meine die Kultur ist viel näher, aber dennoch haben sie richtig Probleme in der Türkei, in Deutschland werden sie ordentlich Probleme haben. Das wird… Bei diesem Thema bin ich wirklich pessimistisch. Das ist so ein Kulturunterschied. Ich war da unten. Die ticken ganz anders. Und hier in Deutschland, die spalten sich selber auch ab. Man muss es auch so sagen, dass der Ausländer sich sehr zurückzieht. Der Deutsche will nichts damit zu tun haben, der Ausländer will nichts damit zu tun haben, jetzt kommt eine Gruppe die aus einer ganz anderen Welt kommt." – **Selim**: „Es geht auch nicht sofort." – **Ahmet**: „Es ist schwierig." – **Selim**: „Das braucht Jahrzehnte glaube ich."
MI-5 (3249-3255)	**Ulf**: „Jetzt hat ja unsere Angela… Angela, Angela muss das machen…" – **Ahmet**: „Wir werden es schaffen." – **Ulf**: „Wir werden es schaffen." **Ahmet**: „Wir schaffen das [lacht]." – **Ulf**: „Sie und ihre Regierung muss erstmal den Weg vorgeben. Sie muss den Weg vorgeben und ob die anderen mitziehen…"

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
MI-6 (3267-3316)	**Selim**: „Ich würde dafür plädieren, dass man weggeht von der schwarzen Null, weil ich meine wir haben die günstigste Zinslage momentan, die man haben kann. Deutschland bezahlt fast nichts für Kredit und das muss man dann halt… Ich meine Deutschland hat auch viel gespart, auch in der Eurokrise und diese Situation muss man nutzen und sagen, okay, wir haben veränderte Bedingungen und wir nehmen mehr Geld auf und investieren es dann direkt in die Flüchtlinge, in der Hoffnung, dass es sich dann später auszahlen wird.“ – **Steven**: „Da sagst du das ja: hoffen. Was ist, wenn es nicht so passiert?“ – **Selim**: „Ja was willst du machen? Willst du dann direkt den Kopf in den Sand stecken?“ – **Steven**: „Ganz ehrlich, ich bin jetzt schon der Meinung, dass viel zu viele das hier so machen. Warum kommen Leute, die jetzt nichts haben hierher und kriegen alles? Warum kriegen die Taschengeld 125 Euro am Tag oder im Monat oder in der Woche oder irgendwie?“ – **Selim**: „Ja aber willst du die Leute verhungern lassen?“ – **Steven**: „Die sollen nicht verhungern. Die sollen in ein… Die beschweren sich, weil der Wasserhahn wackelt. Die beschweren sich, weil der Boden schräg ist. Die sind über Schlamm hierhergelaufen und beschweren sich immer noch.“ – **Selim**: „Aber nicht alle. Es gibt solche Leute klar, aber es sind nicht alle. Es sind auch Leute…“ – **Steven**: „Aber es sind genau die Leute, die hier Stress machen. Ich sage nicht, schickt die Mütter mit ihren kleinen Kindern wieder zurück. Ein Freund von mir ist Polizist und er hat die ganze Horde aufgenommen, die 5000 die auf einmal gekommen sind. Er hat gesagt, er hatte in seinem Leben noch nicht so viel Angst vor diesen ganzen Leuten die da stehen, diese möchte-gern-heranwachsenden Jugendlichen, die die ganze Zeit die Polizisten angestarrt haben, ohne wegzuzucken, ohne zu sagen, oh ich bin in Deutschland, Danke. Die gucken die Polizisten an, so wie ‚ihr seid die nächsten‘. Und davor habe ich Angst, über meine Kinder. Ich habe von den Polizisten gehört und von Anwälten, Sachen die nicht in die Medien rausgekommen sind, was da schon alles passiert ist, das möchte ich jetzt hier gar nicht erläutern, aber wenn man das alles hört. Ich habe Angst. Ich habe Angst um meine Familie. Ich weiß, ich kann die beschützen, aber ich habe Angst, was passiert, wenn die hier alle losrennen.“ – **Selim**: „Ich hoffe du läufst mit deiner Angst nicht in die Hände der rechten Hetzer.“ – **Steven**: „Ich bin kein Rechter.“ – [**Mehrere**:] „Das hat er nicht gesagt.“ – **Steven**: „97 Prozent meiner Freunde sind Muslime, ich habe vielleicht fünf deutsche Freunde, weißt du.“ – **Selim**: „Steven, das habe ich überhaupt nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass ist so der erste Schritt, so ich habe Angst und ich habe nichts, aber…“
MI-7 (3317-3332)	**Günay**: „Wir wohnen in Hennigsdorf und da ist ein Flüchtlingsheim, uns ist ein Fahrrad geklaut worden. Mein Mann guckt, es ist da geklaut worden. Also es ist… Also ich habe meine Töchter, trauen sich in Hennigsdorf nicht mehr rumzulaufen, weil sie da teilweise komisch angemacht werden und die Gewalttätigkeit ist dann andauernd…“ – **Selim**: „Es gibt keinen Grund, vor Flüchtlingen Angst zu haben.“ – **Lydia**: „Es gibt auch aggressive.“ – **Ahmet**. „Das kannst du den Leuten nicht verbieten, die Kinder haben, ich habe auch eine Tochter. Würde ich auch nicht zum Flüchtlingsheim rüberschicken. Ich kann auch mein Kind beschützen. Würde ich nicht. Würde ich nicht. Ich kenne die Umstände.“
MI-8 (3347-3385)	**Steven**: „Ich habe Freunde, wo die Eltern nach vier oder fünf Generationen unsere Sprache noch nicht sprechen. Und es gibt Berichte da steht drin, dass der reine Deutsche an sich in 30 Jahren ausgestorben ist. Davor… muss man halt einfach aufpassen.“ – „**Lydia**: „Habe ich auch schon gehört.“ – **Marie**: „Aber warum?“ – **Leona**: „Aber wieso? Ja.“ – **Ahmet**: „Nein, er wird nicht aussterben, aber...aber hier steht auch der Staat in der Pflicht, die Angst der Deutschen jetzt zu nehmen.“ – **Kristin**: „Ja, Aufklärung. Aufklärung der Bevölke-

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	rung.“ **Moderatorin**: „Wie denn?“ – **Kristin**: „In Schulen zum Beispiel.“ – **Ahmet**: „Mit Aufklärung. Mit den Jugendlichen. Mit allen Mitteln, was zu Verfügung steht, muss der Staat das machen. Die Deutschen haben Angst. Man kann seine eigene Bevölkerung nicht in Angst leben lassen.“

Tabelle 5: Breakout-Gruppe AL, Tag 1, ausgewählte Zitate (in chronologischer Reihenfolge)

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
AL-1 (923-942)	[Kontext: Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen] **Claus**: „Alleine jetzt wo wir das [bedingungslose Grundeinkommen] nicht haben, haben wir das Problem ja trotzdem, mit den ganzen Flüchtlingen. Die kommen ja hierher, weil wir eben so ein im Grunde genommen reiches Land sind und weil sie hier Geld bekommen, erstmal. Fürs nichts tun. Wie auch immer. Es gibt ja auf jeden Fall erstmal Geld.“ – **Moderatorin**: „Da wären wir wieder bei der Frage: Wer kriegt das eigentlich? Wenn man hier zuzieht und sagt, ich will jetzt hier leben, kriegt man das dann sofort oder muss man schon länger da sein?“ – **Dieter**: „Naja erstmal muss derjenige der sich das hier… Der muss es sich ja in gewisser Weise verdienen. Das fängt ja an, indem er dann die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt. Also ohne die kriegt er natürlich keinen Euro.“ – **Jessica**: „Und eine Generation müsste schon hier gewesen sein.“ – **Dieter**: „Ja, genau.“ – **Jessica**: „Die müssten im Grunde schon alles… die müssten hier schon versuchen zu überleben und dann wäre es vielleicht auch okay.“ – **Moderatorin**: „Wie lange müssten die jetzt hier sein?“ – **Jessica**: „Eine Generation müsste schon hier sein und wenn die dann sagen, so Deutschland ist wirklich so toll, ohne dass ich herkomme und alles bekomme, meine Kinder sollen hier auch aufwachsen, schon alleine, weil hier kein Krieg ist und weil ich eine Unterkunft habe oder was auch immer.“
AL-2 (4061-4095)	**Alina**: „Meine Frage wäre, wann reißt der Flüchtlingsstrom ab? Wann?“ – **Dieter**: „Gar nicht.“ – **Jessica**: „Wahrscheinlich gar nicht mehr.“ – **Michaela**: „Gar nicht.“ – **Alina**: „Wie wollen wir damit fertigwerden? Wenn er gar nicht abreißt? Ja?“ – **Dieter**: „Der wird nicht abreißen.“ – **Claus**: „Zumal es ja nicht nur aus Kriegsgebieten ist…“ – **Michaela**: „Ja.“ – **Claus**: „…da brauchen wir uns nichts vormachen, das ist halt so, das sind ja auch Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen. Ich denke mal jeder hat auch so ein bisschen Verständnis, also ich hätte es, für die, die wirklich vor dem Krieg flüchten.“ – **Michaela**: „Ja.“ – **Claus**: „Da sollte man auch helfen. Da bin ich ganz ehrlich, das meine ich auch so. Aber allen anderen, die denken hier ist das Schlaraffenland, denen muss einfach ein Riegel vorgeschoben werden. Das sage ich so, wie es ist.“ – **Michaela**: „Ja.“
AL-3 (4170-4187)	**Jessica**: „Also Bildung zum Beispiel. Es kommen ja auch viele Leute rein, die sehr gebildet sind. Die sagen ja auch es sind ganz viele Fachkräfte. Die kommen, dann müssen die verpflichtet werden die eigenen Menschen erstmal zu unterrichten und sagen, wie du zu leben hast, wie du dich hier zu verhalten hast, du hast hier nicht in die Ecke zu scheißen, du hast dein Papier da nicht hinzuschmeißen. Du hast erwachsenen Menschen gegenüber Respekt zu zeigen. Sowas halt. Frauen beachten.“ – **Michaela**: „Aber sowas passiert ja gar nicht. Ich habe bei mir eine Menge Flüchtlinge um die Ecke und das ist Chaos. Die schmeißen ihre Schränke auf die Straße. Da stehen jedes Mal Einkaufswagen. Die schicken ihre Kin-

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109 am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	der bei minus 15 Grad mit Socken zum Einkaufen. Das sind haarsträubende Zustände.“ – **Claus**: „Aber wie willst du denn denen deutsche Tugenden beibringen?“ – **Michaela**: „Ach.“ [winkt ab] – **Bärbel**: „Wenn ich mir hier das Klo angucke, haben wir hier auch deutsche Tugenden im Keller.“
AL-4 (4191-4214)	**Jessica**: „Aber die [Flüchtlinge] haben auch so einen kleinen Freifahrtschein. Ich weiß, in Perleberg wohnt meine Freundin und die sagen, die dürfen bei LIDL reingehen, sie dürfen das essen, sie dürfen das einfach aufreißen. Es darf nur nicht an die Medien ran. LIDL kriegt das pauschal vergütet, wenn die die Klappe halten. Das ist auch bei H&M und bei IKEA so. Finde ich ein Unding.“ – **Kristina**: „Das ist bei meinem Job, wo ich arbeite, oder gearbeitet habe, früher, bei EDEKA, da war das genauso. Da wurde gesagt, ja die haben geklaut, das haben wir auch mitbekommen. In der Nähe war ein Asylantenheim, die haben geklaut, das war dann egal.“ – **Jessica**: „Ja.“ – **Claus**: „Habe ich noch nie gehört sowas.“ – **Kristina**: „Wir haben auch die Polizei gerufen, weil wir es nicht wussten. Die haben gesagt, das ist egal.“ – **Claus**: „Die sollen mal Diebstahl googeln.“ – **Jessica**: „Da soll man sich doch nicht wundern, dass diese Menschen gar keinen Respekt vor allem Möglichen haben. Die leben von anderen Menschen, also warum denn auch?“ – **Claus**: „Die müssen sich aber auch nicht wundern, dass wir keinen Respekt vor ihnen haben.“ – **Michaela**: „Genau.“ – **Jessica**: „Das ist denen ja egal.“ – **Claus**: „Dass wir sie nicht akzeptieren teilweise oder nicht haben wollen.“
AL-5 (4228-4249)	**Moderatorin**: „Also wie kriegt man auch die Traditionen vermittelt oder die Kultur, sodass die dann im Prinzip hier relativ schnell ankommen? Auch arbeiten zum Beispiel?“ – **Michaela**: „Ich denke, die passen sich dann schon genug an. Es sind dann meistens auch wirklich dann die, die auch was auf dem Kasten haben, die wissen auch wie man sich verhält. Die wollen das auch, die passen sich an, die ordnen sich unter. Die zeigen auch Respekt. Das ist eine ganz andere Liga, ganz anders. Ich habe einen Arzt, ja, der ist Iraner, der ist top der Mann. Der weiß aber auch, wie er sich verhält. Und da ist auch Respekt gegenseitig. Aber das kann ich in meinem Umfeld, da wo ich wohne, überhaupt nicht sagen, die spucken dir ja als Deutscher da noch fast an die Füße. Das ist ja fast schon so [macht Spuckgeräusch], ach ja, wer bist denn du? Mit so einem gewissen Hohn schon. Also da kriegst du echt zu viel.“ – **Jessica**: „Also die haben auch keinen Respekt vor Polizisten.“ – **Michaela**: „Nee, gar nicht.“ – **Jessica**: „Also ich habe viele Freunde, die bei der Polizei arbeiten. Und mein Kumpel zum Beispiel, der ist wirklich, ja ich würde nicht sagen… Ja der ist sehr hart, er ist sehr, sehr kalt und selbst er hatte die Hosen voll, als er vor diesen Flüchtlingen stand und er hat gesagt, du, die standen da mit den Händen in den Taschen und haben dich angeguckt, als ob die dich töten wollen. Die haben gar keinen Respekt vor dir. Also die wussten überhaupt nicht, die waren auch nicht die kleinen Flüchtlinge, oh die armen fünfjährigen Kinder und die Frauen, nee, das waren alles Männer.“ – **Michaela**: „Hm.“ – **Jessica**: „Und das ist nicht so, dass das alles Flüchtlinge sind, die auch wirklich Hilfe brauchen. Er ist auch im Flüchtlingsheim und sagt, die schmeißen mit Essen rum. Wenn du aus einem Kriegsgebiet kommst, bist du froh, dass du hier keinen Krieg hast und Essen hast und beschwerst dich nicht darüber.“
AL-6 (4256-4283)	**Alina**: „Das hat meiner Ansicht nach auch was mit Integration zu tun. Leute integrieren, aber den Leuten auch beizubringen, wenn sie jetzt in Deutschland sind, dass sie sich auch dementsprechend anpassen müssen. Dass sie sicherlich unsere Rechte haben, aber auch Pflichten.“ – **Michaela**: „Aber das wollen die auch gar nicht.“ – **Dieter**: „Nee, die wollen ja nicht.“ – **Alina**: „Vielleicht ist es zu hart, aber wenn ich persönlich die Gesetze erlassen

https://doi.org/10.5771/9783748923893-135, am 12.10.2024, 09:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	könnte, würde ich das so machen, wer hierherkommt, und die sagen ja immer, die Flüchtlinge sind froh, dass sie hier ein Dach über dem Kopf haben, wenn sie eins haben, dass sie in Frieden leben können. Wenn dann noch jemand, ich sage mal jetzt, aufmuckt oder unsere Gesetze nicht anerkennt oder wie auch immer, dann würde ich sagen, dann geh zurück." – **Dieter**: „Genau, wenn man da ein Exempel statuiert…" – **Alina**: „Da würde ich sagen, geh zurück." – **Dieter**: „…dann würde sich das auch unter denen rumsprechen, dass hart durchgegriffen wird und dann werden sie es auch sein lassen. Und dann kommt da ja noch diese große Frage, wir haben ja schon immer Zuwanderer gehabt hier in Deutschland, Italiener, Portugiesen, bla bla bla, da hat es ja immer geklappt. Warum? Weil die sind nicht aus dem Islam. Ja. Das passt hierher. Und dieser Islam der wird sich hier… Das wartet mal ab." – **Michaela**: „Ja." – **Moderatorin**: „Das ist also eine Religionsfrage?" – **Michaela**: „Ja." – **Dieter**: „Das ist auch eine Religionsfrage."
AL-7 (4388-4405)	**Moderatorin**: „Da ist ja auch ein bisschen wieder, da haben wir das Thema wieder, wo kann man selber was [zur Integration] beitragen, eigenverantwortlich, und wo muss der Staat handeln?" – **Michaela**: „Ich möchte das aber auch gar nicht fördern, muss ich ganz ehrlich sagen." – **Claus**: „Der Staat brockt uns das ein und wir müssen die Suppe auslöffeln." – **Michaela**: „Genau, wir müssen die Suppe auslöffeln." – **Claus**: „Das Gefühl habe ich so ein bisschen. Die müssen sich selber mal unter Kontrolle kriegen, der Staat. So um das zu regeln, einzuschränken, zu reduzieren, wie auch immer man das nennen möchte."

Tabelle 6: Abschlussplenum, Tag 1, ausgewählte Zitate (in chronologischer Reihenfolge)

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
PL-1 (61-79)	**Marie** [MI-Gruppe]: „Zu dem Thema [Integration] wurde bei uns auch die Meinung geäußert, dass die Finanzierung durchaus möglich und gegeben ist, was ich aber auch noch erwähnenswert finde ist, dass es ein Thema ist, das auch eine Menge Ängste mit sich trägt." – **Moderator**: „Welcher Form?" – **Marie** [MI-Gruppe]: „Jedweder Art. Naja, zum Beispiel, sehr, sehr platt formuliert, ähm, Angst vor Überfremdung, so auch als Schlagwort, ähm, vor dem Wegnehmen der eigenen Kultur oder vielleicht dem Unter… naja, ist auch so sehr dramatisch, der Untergang der eigenen Kultur und andererseits bestand aber auch ganz klar der Wunsch nach Aufklärung durch Schule, durch Staat, einfach viel mehr Informationsfluss." – **Leona** [MI-Gruppe]: „Dazu jetzt. Also vor allem auch noch die Angst vor den rechten Gruppen. Und dass von der Gesellschaft anerkannt wird, dass man sich so halbrechts, aber doch nicht rechts äußert. Also so wie, also, dass man halt sagt, das ist jetzt nicht rechts, aber man äußert etwas, was einen klaren Inhalt einer rechten Partei zum Beispiel hätte. Oder so."
PL-2 (86-144)	**Werner** [SE-Gruppe]: „Unabhängig von den Punkten, die eben gesagt wurden, ging es in der grünen Gruppe auch darum, wie jetzt die Umsetzung dessen, was unbedingt nötig ist, verstanden wird. […] Das bedeutet, dass dann Arbeitsplätze geschaffen werden müssen und Wohnraum. Und das Ganze muss finanziert werden und das endete dann in der Diskussion Steuern oder Schulden machen." – **Moderator**: „Und was ist Ihr Ergebnis?" – **Werner** [SE-Gruppe]: „Also das war der Konflikt. Ich selbst war für Schulden, weil Steuern

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:58:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zitat-Nr.	Zitat(e) (Namen geändert)
	– das wird nicht akzeptiert, ja. Aber es gibt sicher auch Optionen für die andere Lösung.“ – **Moderator**: „Steuern oder Schulden. Also hier lese ich ja auch Finanzierung der Integration. Ging das auch so in die Richtung? Wer finanziert eigentlich das, was dann nötig ist, um Integration zu leisten? War das auch bei den anderen ein Thema?“ – **Claus** [AL-Gruppe]: „Ich bin für weder [Steuern] noch [Schulden].“ – **Moderator**: „Okay, weder-noch. Wer ist für weder-noch?“ – **Gerrit** [AL-Gruppe]: „Das ist doch dasselbe. Wenn man Gelder aufnimmt, muss man sie über Steuern zurückzahlen. Das ist ein und dasselbe worüber wir sprechen.“ – **Marie** [MI-Gruppe]: „Oder die Verteilung.“ – **Moderator**: „Okay, ich wiederhole das nochmal. Gerrit meinte, das ist im Prinzip dasselbe. Wenn wir Schulden machen hier, müssen wir das irgendwann auch über Steuern wieder reinholen. Claus, Sie meinten weder-noch. Darf ich Sie fragen, was ist der Hintergrund?“ – **Claus** [AL-Gruppe]: „Der Hintergrund ist, dass der Staat irgendwie das Problem geschaffen hat und jetzt sollen sie auch selbst dafür sorgen, wie sie es auch wieder geregelt kriegen irgendwie. Mir stellt sich gar nicht die Frage, Steuern oder Schulden.“ – **Moderator**: „Sondern? Die Frage ist?“ – **Claus** [AL-Gruppe]: „Keine Ahnung. Andere Lösungen. Irgendwie, weiß nicht, die haben das Problem geschaffen und jetzt sollen die das, weiß ich nicht, müssen die halt auch irgendwie regeln. Aber ja schade, dass es auch über die Bevölkerung halt ist auch so. Finde ich schade.“
PL-3 (204-227)	**Selim** [MI-Gruppe]: „Entschuldigung, darf ich noch, der Punkt ist mir sehr wichtig, weil ich glaube, dass das halt auch zu sehr großen Spannungen innerhalb der Bevölkerung führen kann. Und zwar wenn die Politik letztendlich Mittel für die Bevölkerung kürzt oder streicht. Sobald, glaube ich, die Bürger, ja, die Vermutung oder den Anschein haben, okay, durch Flüchtlinge wird mir was persönlich weggenommen, wenn man unmittelbar dadurch beeinflusst wird, wenn jetzt eine ganz bestimmte Leistung gekürzt wird, kann das zu ganz dramatischen Unruhen führen innerhalb der Bevölkerung und das kann halt zu Spaltungen, bis zur Spaltung der Gesellschaft führen und dann sind wir, glaube ich, an einem ganz gefährlichen Punkt. Und das würde ich gerne damit nochmal unterstreichen wollen. Dass das wichtig ist, dass die Bevölkerung, dass die Politik nicht am falschen Ende spart und eben halt zum Beispiel über Schulden, das wäre meine präferierte Lösung.“ – **Rolf-Philip** [SE-Gruppe]: „Wir hatten das Thema in der grünen Gruppe genauso. Insbesondere in der Frage des Wohnungsbaus, wo es dann hieß, wer soll denn das finanzieren? Und da bin ich auch der Meinung, dass der Staat für diesen Fall Schulden machen sollte und von dieser unseligen schwarzen Null, die sich die Regierung vorgenommen hat, runterkommen sollte. Weil das auch eine Investition in die Zukunft ist. Es werden Gebäude erhalten, es werden Grundstücke gekauft, die auch in 40, 50 Jahren noch einen gewissen Wert haben. Dafür ist es sicherlich sinnvoll Schulden zu machen. Ganz wichtig ist, dass diese Gebäude, günstiger, billiger Wohnraum, der überall nachgefragt wird, für alle offensteht, nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die Leute, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben, mit dem Mindestlohn klarkommen müssen und zusehen, dass sie billige Wohnungen innerhalb des Stadtgebietes bekommen. Wenn da ein Keil zwischen die Flüchtlinge und die Geringbeschäftigten oder prekär Beschäftigten getrieben wird, dann würde es sicherlich zu sozialen Unruhen kommen. Und das muss unbedingt vermieden werden. Und wenn man es über die Steuererhöhung machen würde, diesen Wohnungsbau, dann würden sicherlich viele, wie seinerzeit beim Soli sagen, warum muss ich jetzt dafür bezahlen? Das wäre sicherlich ungerecht. Also ich finde dafür sind Steuern wesentlich sinnvoller als zur Bankenrettung.“

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Tabelle 7: Tag 2, Politik-Leitlinien der Breakout-Gruppen und Abstimmungsergebnisse

[*Ursprung/Breakout-Gruppe*] Kurzfassung Politik-Leitlinie	**JA-Stimmen**				**NEIN-Stimmen**				**Diff. J/N**
	Ges.	SE	MI	AL	**Ges.**	SE	MI	AL	
[*AL*] Zuwanderung begrenzen und globale Verteilung von Flüchtlingen	**16**	4	2	10	**3**	2	1	0	**13**
[*MI*] Klare Leitlinien in der Flüchtlingspolitik	**15**	2	9	4	**2**	0	0	2	**13**
[*SE*] Integration von Flüchtlingen: Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen	**13**	6	4	3	**0**	0	0	0	**13**
[*SE*] Planungsmodelle schaffen für Wanderungsbewegungen	**7**	5	1	1	**0**	0	0	0	**7**
[*AL*] Integration von Flüchtlingen: Pflicht zum Deutschunterricht, Pflichtschuljahre für alle (auch Erwachsene), „Arbeitspflicht“	**10**	3	2	5	**4**	0	4	0	**6**
[*MI*] Aufklärung des Flüchtlingsthemas [/zum Flüchtlingsthema]	**5**	1	4	0	**9**	3	1	5	**- 4**

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783845288079-109, am 12.10.2024, 05:55:41
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb